Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 91. Donnerstag, den 18. April 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Um die Arbeiterjugend.

II.

Der 18. Januar ist in der Geschichte Preußens ein Tag von großer Bedeutung. Am 18. Januar 1701 wurde in Königsberg der erste König in Preußen gekrönt. Am selben Tage wurde der Schwarze Adlerorden gestiftet. Es war mithin von besonderer Bedeutung, als 210 Jahre später, am 18. Januar 1911 vom preußischen Kultusminister ein Erlaß betreffend Jugendpflege an die königl. Regierungspräsidenten, an die königl. Regierungen, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, und an die königl. Provinzialschulkollegien gesandt wurde. Für Potsdam erhielt der Erlaß den folgenden Zusatz: „Insonderheit ersuche ich ergebenst, der Jugendpflege in Berlin Ihre Aufmerksamkeit und Förderung zuzuwenden. Ich behalte mir ergebenst vor, Euer Exzellenz für diesen Zweck eine Summe aus dem neuen Fonds zur Verfügung zu stellen.“ Jawohl, ein neuer Fonds, extra für die „Jugendpflege“ war geschaffen worden. Der Erlaß begann sehr merkwürdig:

„Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung der Erwerbsverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft hat einen großen Teil unserer heranwachsenden Jugend in eine Lage gebracht, die ihr leibliches und noch mehr ihr sittliches Gedeihen aufs schwerste gefährdet.“

Also in den letzten Jahrzehnten erfolgte die folgenschwere „Veränderung der Erwerbsverhältnisse“. Ist es Unwissenheit oder Ignoranz, die aus diesem ministeriellen Erlaß spricht? Die gegenwärtigen Erwerbsverhältnisse der Arbeiter sind die kapitalistischen Erwerbsverhältnisse, die wir seit mindestens 67 Jahren so genau kennen, wie sie Friedrich Engels in seinem Buche: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ kannte. Diese Erwerbsverhältnisse, das ist mindestens ebensolange bekannt, sind überall in ihren Folgen die gleichen; es handelt sich um gesetzmäßig eintretende Folgen einer in gesetzmäßiger Entwicklung gewordenen Produktionsweise. Diese Erwerbsverhältnisse brachten schon sehr früh eine unbeschränkte Frauen- und Kinderarbeit nebst Krankheiten, hohen Sterblichkeitsziffern, schlechten Wohnungsverhältnissen in großen Städten, Zerstörung der Arbeiterfamilien, sittlicher Verwahrlosung, Trunksucht und Zunahme der Vergehen und Verbrechen. In den „letzten Jahrzehnten“ soll die erwähnte „Veränderung der Erwerbsverhältnisse“ sich erst ereignet haben, unter der das leibliche und sittliche Gedeihen der heranwachsenden Jugend aufs schwerste gefährdet wird. O Weisheit, du sprichst wie eine Taube! Vor über hundert Jahren passierte bereits das englische Parlament ein Lehrlingsgesetz, wodurch wenigstens die schreiendsten Mißbräuche abgestellt wurden. Und im Jahre 1834 verbot ein Fabrikgesetz bereits die Arbeit von Kindern unter 9 Jahren (mit Ausnahme allerdings der Seidenfabriken und beschränkte die Arbeitszeit der Kinder von 9 bis 13 Jahren auf — nur — 48 Stunden wöchentlich oder höchstens 9 Stunden an einem Tage. Freilich, das war im bösen England, mit dem „wir“ jetzt auf so gespanntem Fuße stehen. Wie sah es aber zu der Zeit in Deutschland aus? O, trefflich, trefflich! „In allen Zweigen der Textilindustrie“, schreibt Mehring in seiner Geschichte der Sozialdemokratie, „dann aber auch in Nadel-, Bronze-, Schnallen-, Panzer-, Tapeten-, Papier-, Porzellan- und anderen Fabriken wurden viele Tausende von Kindern im zartesten Alter, schon vom vierten Lebensjahre an, massenhaft abgerackert und nach unmäßiger, zehn-, zwölf-, selbst vierzehnstündiger Arbeitszeit gegen einen Tagelohn von ein paar Groschen, wie es in einem Bericht aus Iserlohn hieß, einer kurzen Erholung an Branntwein, Tabak, Unzucht und Spiel zugeschleudert. In anderen Berichten wurde ausgeführt: bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, geschwollene Leiber, aufgedunsene Backen, aufgeschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüsenanschwellungen am Halse, böse Hautausschläge und asthmatische Zufälle unterscheiden diese unglücklichen Geschöpfe in gesundheitlicher Beziehung von anderen Kindern derselben Volksklasse, die nicht in Fabriken arbeiten. Nicht weniger verwahrlost ist ihre sittliche und geistige Bildung.“

Aber selbst dann geschah nichts gegenüber dieser „Veränderung der Erwerbsverhältnisse“, nachdem der Generalleutnant v. Horn dem preußischen König gemeldet hatte, daß die Fabrikdistrikte ihr Rekrutenkontingent nicht mehr stellten. Auch das Leben in großen Städten war damals schon bekannt. Aber von einem guten Herzen für die Arbeiterjugend war all die Zeit her nichts bei den Herrschenden zu entdecken. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen aber stieg enorm, die „Tag für Tag bei harter Arbeit zubringen mußten“. Von 1882 bis 1898 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeiter von 12 bis 16 Jahren um 123 Prozent, bis 1908 sogar um 256 Prozent. Doch nun soll endlich in Preußen für die „Durchführung von Maßnahmen“ gesorgt werden, „welche dem heranwachsenden Geschlecht ein fröhliches Heranreifen zu körperlicher und sittlicher Kraft ermöglichen“. Wodurch das geschehen soll? Je nun, durch die Jugendpflege. „Die Königliche Staatsregierung betrachtet die Jugendpflege wegen ihrer hohen Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart . . .“ Und ohne „Anwendung irgend einer bureaukratischen Schablone, tunlichst in freier Entfaltung aller geeigneten Kräfte“ soll diese Jugendpflege getrieben werden. Es sollen dabei mitwirken „einflußreiche Privatleute, Gewerbetreibende, Landwirte, Geistliche, Lehrer, Turnlehrer, Kreisärzte, Richter, Offiziere usw.“ Zum Besten des Vaterlandes werden alle diese Jugendfreunde zweifellos Wunder wirken, denn, so sagt der Erlaß, es handelt sich um „eine nationale Aufgabe ersten Ranges . . .“ Aber merkwürdig, es handelt sich nur um die „männliche Jugend“ der Arbeiter. „Für die schulentlassene weibliche Jugend dürfen Mittel daraus“ — aus dem Regierungsfonds für die Jugendpflege nämlich, der inzwischen auf 1½ Millionen Mark erhöht wurde —, „nicht verwendet werden.“ „Der Schwerpunkt aller Maßnahmen ist nach der Absicht des Staatsministeriums auf die Heranziehung der männlichen Jugend zu legen“ heißt es wiederholt in dem Erlaß. Da die Jugendpflege von oben nunmehr gründlich betrieben werden soll, sind auch schon „Grundsätze und Ratschläge“ für sie ausgearbeitet. Da heißt es:

„1. Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend. Sie will die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen.

4. Die Pflege der schulentlassenen Jugend umfaßt das Alter vom 14. Lebensjahre bis zum Eintritt ins Heer bezw. bis zum 20. Lebensjahre. . . .

5. . . . Von wesentlichem Einfluß auf die Wahl der Mittel ist der Umstand, daß Zwang für die Teilnahme an den Veranstaltungen nicht möglich ist.

6. Junge Leute, die Tag für Tag in anstrengender Arbeit stehen, haben für ihre Freizeit das naturgemäße Verlangen nach Unterhaltung und Freude. Der der heranwachsenden Jugend ohnehin eigentümliche Freiheitsdrang läßt den Wunsch nach Selbstbestimmung in der Freizeit besonders stark hervortreten . . Die Art der Arbeit, bei der viele oft nur ein ganz kurzes Stück des Weges vom Rohmaterial zum fertigen Erzeugnis überschauen, erschwert häufig das Aufkommen der rechten Freudigkeit an der Arbeit. Dadurch trägt sie neben anderen Umständen, insonderheit der häufig vorhandenen Abgeschlossenheit von der freien Gottesnatur, nicht selten dazu bei, daß das Gemüt der jungen Leute verarmt. Es kommt hinzu, daß die Entfremdung weiter Kreise von der Kirche vielen Jugendlichen auch die im Gotteshause dargebotene Quelle zur Erhebung des Gemüts und zur sittlichen Stärkung verschließt.

. . . Die Entwicklung anderer wird nachteilig beeinflußt durch den Mangel eines auch nur einigermaßen freundlichen Heims, die Gefahren des Straßenlebens, durch Langweile, durch Verführung des Alkohols, durch Entbehrung zweckmäßiger Leibesübungen in freier Luft usw.“

Genug davon. Die Grundsätze und Ratschläge sind mit unverkennbar großem Geschick, man könnte sagen mit Raffinement zusammengestellt. Die obigen Proben beweisen, wie sehr alles, was an den preußischen Drill erinnert, an das, was nach dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahr in der Kaserne folgt, vermieden ist. Damit ist aber zugleich auch erwiesen, wie innerlich unwahr, weil dem ganzen herrschenden System in Staat, Schule und Kaserne strikte zuwider die Absichten sind, die mit den Grundsätzen und Ratschlägen verfolgt werden. Daß die mitgeteilten Proben aus ihnen auch eine Einsicht in die Lage der Arbeiter verraten, welche aufs schärfste zu dem Verhalten den berechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüberstehen, wird der Leser leicht erkennen. Was müßte geschehen bei solcher Einsicht in die traurigen Verhältnisse, unter denen Millionen von Arbeitern leben müssen? Es müßten sämtliche Forderungen der Sozialdemokratie bewilligt werden. Kommt es nicht einer beißenden Ironie gleich, wenn die preußische Regierung unter Anerkennung von Tatsachen, auf die gerade die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten immer wieder hingewiesen hat, gerade die Sozialdemokratie zu bekämpfen sucht? Denn um ein anderes handelt es sich nicht, so sehr das auch geleugnet werden mag. Müßte man sonst nicht auch den proletarischen Jugendorganisationen Unterstützung statt blindwütiger Verfolgung zuteil werden lassen? Auch der Rat kluger Leute, daß bei der Jugendpflege von oben möglichst jede Erwähnung der sozialdemokratischen Jugendbewegung („Kölnische Zeitung“) vermieden werden soll, spricht unzweideutig für unsere Behauptung. Am besten aber gelang es, die Absichten der bürgerlichen Jugendpflege in den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses im vorigen Monat zu entlarven. Dort lockten unsere Genossen die Katze aus dem Sack heraus und banden ihr die Schelle um. Die Angst, daß es der Sozialdemokratie gelingen könnte, die Arbeiterjugend mit ihrem Geiste zu erfüllen; die Angst vor der Durchdringung der Armee, dieses Hauptinstrumentes zur Erhaltung des bestehenden Ausbeutungssystems und die Tatsache auch, daß es eines Tages an genügend Rekruten fehlen möchte, haben zu dem Kampf um die Arbeiterjugend geführt, den die preußische Regierung jetzt mit so viel Energie und Geschick in neuer Auflage fortsetzt. Durch Zusammenfassung aller konfessionellen Jugend-, sowie aller bürgerlichen Spiel- und Sportvereine, durch die Aufbietung des ganzen Bureaukratenapparats, durch listige Ausnutzung des Spielbetriebs der Jugend (man denke an die Kriegsspiele des Jungdeutschlandbundes, den der Generalfeldmarschall v. d. Goltz ins Leben rief), durch Ausnutzung der etwa 3300 gewerblichen Fortbildungsschulen mit ihren 540 000 Schülern, durch besondere Preßerzeugnisse usw. wird überall versucht werden, die „nationale Aufgabe ersten Ranges“ zu erfüllen. Ohne Zweifel, es könnte eine gewaltige Macht werden, die da gegen uns heranrückt. Aber sie wird es nie in dem Maße werden, wie ihre Hintermänner es so sehnlichst wünschen. Bleiben nicht die kapitalistischen Erwerbsverhältnisse mit allen ihren Folgen? Bleibt nicht das Elternhaus, diese gewaltige Quelle sozialdemokratischer Gedanken und Empfindungen? Wenn nur die sozialdemokratischen Eltern ihre Pflicht erfüllen; vor allem ihr, ihr proletarischen Mütter, die ihr unter den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft in jeder Beziehung am schlimmsten zu leiden habt, ihr habt da eine hohe, herrliche Aufgabe. Wie, die Arbeiterjugend, unsere Kinder sollten dem entfremdet, sollten mit Haß erfüllt werden können gegen das, was uns Sozialdemokraten bis in jede Faser ausfüllt? Wie immer es um das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den freien Jugendorganisationen stehen mag, die Sozialdemokratie ist naturgemäß die Partei der Arbeiter, und es ist nur naturgemäß, wenn sie darauf achtet, daß die proletarische Jugend nicht wie im Jahre 1848 in Paris von den Herrschenden gegen die revolutionären Kämpfer mißbraucht wird. Wir mußten lachen, als wir lasen, wie der weise Rat gegeben wurde: „Aus der Kulturgeschichte sind solche Einzelbilder von besonderem Werte, aus denen ausgesucht der Segen in die Augen springt, der von der Arbeit einzelner für die Gesamtheit ausgegangen ist.“ Nur zu so! Ihr habt alle Ursache, der Jugend zu verschweigen, welcher Segen sowohl den einzelnen, die die Produktionsmittel besitzen und der Gesamtheit durch die Arbeit der vielen aufgegangen ist, deren schulentlassene Jugend man jetzt listig einfangen möchte. Der Segen ihrer eigenen Arbeit und der ihrer Väter wird der Arbeiterjugend auch ganz ungesucht in die Augen springen, denn diese Augen sehen gerade diesen Segen sehr scharf. Der Kampf um die Arbeiterjugend wird heiß werden und wie jeder andere proletarische Kampf den Arbeitern viele Opfer kosten. Aber er wird auch sicher von ihnen gewonnen werden. Dafür bürgt schon die Geschichte von dem Apfelreis.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichseisenbahnamt und Reichsjustizamt.

Das Reichseisenbahnamt ist in der rückständigen Vielstaaterei unseres Verkehrswesens eine sehr harmlose Behörde, der kein Mensch irgendwie erheblichen Einfluß zumutet. Immerhin gewährt sein Etat die Möglichkeit, die großen Verkehrsfragen zu behandeln, die zwar nicht staatsrechtlich, aber doch tatsächlich der Interessensphäre des Reichs angehören.

Genosse Vogtherr, der als erster Redner sprach, behandelte einige Spezialfragen, die von der Organisation des gesamten Eisenbahnwesens abhängen: einmal das Koalitionsrecht der Beamten, dann — in längeren Ausführungen — gegen die leeren Einwände der Regierung die von unserer Fraktion geforderte reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten, und schließlich die eigenartige Preßzensur, die von einigen Eisenbahnverwaltungen, unter Führung der preußischen, geübt wird. Den engherzigen Bureaukratismus dieser Verwaltungen konnte er

sowohl an ihrem ängstlichen Widerstand gegen jene reichsgesetzliche Ordnung nachweisen, wie an der Lächerlichkeit ihrer — sozusagen — literarischen Maßnahmen.

Auf anderen Gebieten besprachen die Genossen Blos und Reißhaus die unglückselige Tätigkeit oder Untätigkeit des Reichseisenbahnamtes: Braunschweig, Thüringen und Hessen — deren Klagen von unseren Rednern vorgebracht wurden — vermögen allerdings mit ihren vielseitigen und verschiedenartigen Erfahrungen ein eigenes und wichtiges Kapitel preußischer Verkehrspolitik zu bilden, zu dem auch eine Reihe von Rednern der bürgerlichen Parteien Beiträge lieferten.

Nach Erledigung des Reichseisenbahnamtes wurde die Beratung des Etats des Reichsjustizamts begonnen. Auch dieses Reichsministerium hat mit der Verwaltung unmittelbar keinen Zusammenhang! es sieht die gesetzgeberischen Grundzüge des gesamten Justizwesens vor. So bildet auch sein Etat die Gelegenheit zu einer allgemeinen Aussprache, die Genosse Stadthagen eröffnete. Er deutete zuerst in seiner Rede, die großer Aufmerksamkeit begegnete, die nächsten und wichtigsten Änderungen des Strafgesetzbuches an und zeigte vor allem, wie die in Deutschland übliche Rechtsprechung durch eine umfassende und grundsätzliche Reform der Gesetzgebung gemildert und jedenfalls verbessert werden muß. In scharfen Worten kritisierte er ihre Launenhaftigkeit, die als Klassenjustiz wirken muß, und an zahlreichen besonders frappanten Beispielen konnte er die Richtigkeit dieser Kritik und die Berechtigung der Forderungen nachweisen, in die seine Rede mündete: um entschlossene und gründliche Reform des gesamten Justizwesens und seiner Organisation, damit das Volk wieder Vertrauen zur Rechtspflege gewinnt.

Die Beratung des Justizetats wird heute unterbrochen werden durch die Behandlung der nationalliberalen Interpellation über den bayerischen Jesuitenerlaß sowie durch die Prüfung der Wahl des Abg. Becker, des Besiegers von Korell.

Aus dem Seniorenkonvent des Reichstages.

Im Seniorenkonvent machte am Mittwoch der Präsident Mitteilung über eine Besprechung, die er mit dem Reichskanzler gehabt habe. Danach wünscht der Reichskanzler, daß bis zu Pfingsten der Etat, die Wehrvorlagen und die Deckungsvorlagen erledigt werden; außerdem alles übrige, was dem Reichstage jetzt vorliegt, insbesondere die Geschäftsordnung und der Gesetzentwurf über die Staatsangehörigkeit nach Pfingsten beraten werden sollen. Bei dieser Hast der Beratung würden die Schwerinstage vollständig ausfallen; ebenso würden Wahlprüfungen nicht erledigt werden können. Der Präsident machte weiter Mitteilung, daß er auch mit dem Stellvertreter des Reichskanzlers und mit dem Schatzsekretär gesprochen habe. Diese hätten ihm erklärt, wenn die genannten Gesetzentwürfe erledigt seien, dann könnte ja der Reichstag vertagt werden. Im Seniorenkonvent machte sich starker Unwille bemerkbar über die Art und Weise, wie die Regierung den Reichstag zur Tätigkeit anpeitscht. Es müsse einmal dem Reichskanzler gesagt werden, daß der Reichstag eine solche Behandlung für unangemessen hält. Die Gesetzesvorlagen verlangen eine gründliche Erledigung. Der Reichstag sei spät einberufen worden, nachdem die Wahlen spät angesetzt waren. Nun könne der Reichstag nicht alles im Galopptempo erledigen, wie die Regierung das wünsche. — Der Präsident legte weiter einen Plan vor, nach welchem der Etat unter äußerster Beschränkung der Plenarverhandlungen bis Pfingsten fertig sein könne; außerdem stehen aber die Wehrvorlagen und die Deckungsvorlage zur Beratung. Im Seniorenkonvent konnte man sich nicht einigen darüber, daß die Wehrvorlagen und zugleich die Deckungsvorlage an die Budgetkommission verwiesen werden. Von der Linken wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die technischen Schwierigkeiten der Branntweinsteuervorlage in einer Spezialkommission beraten werden müssen; während von der anderen Seite das Zentrum und die Konservativen für die Überweisung der beiden Vorlagen an die Budgetkommission eintraten. Da keine Einigung erfolgte, wird nach der ersten Beratung der Wehrvorlagen und der Deckungsvorlage im Plenum die Entscheidung darüber fallen, ob eine Spezialkommission für die Branntweinsteuervorlage eingesetzt werden soll. — Als Ferientage sind freigehalten der 4. und 6. Mai. — Es ist ohne Zweifel zu erwarten, daß, je nachdem die Geschäfte im Plenum laufen, demnächst im Seniorenkonvent über die weitere Behandlung der Vorlagen Beratung gepflogen werden muß.

Der Eisenbahnetat im preußischen Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause legte am Mittwoch bei der Fortsetzung der allgemeinen Besprechung des Eisenbahnetats zunächst Genosse Hirsch unsere grundsätzliche Anschauung über das Verhältnis der Eisenbahnfinanzen zu den allgemeinen Staatsfinanzen dar. Er warnte vor einer Überschußpolitik, unter der letzten Endes die Verkehrspolitik Schaden leiden müsse und durch die die Eisenbahn ihrem eigentlichen Zweck völlig entfremdet würde. Weiter gab unser Redner eine Reihe von beherzigenswerten Anregungen. Vor allem verlangte er die Abschaffung der vierten und der ersten Wagenklasse und die Einführung von Schlafwagen für die Reisenden der dritten Klasse. Das Vorgehen der Verwaltung gegen die politische Betätigung der Beamten und Arbeiter wurde von dem Genossen Hirsch, der am Schluß energisch für die deutsche Eisenbahngemeinschaft eintrat, aufs schärfste kritisiert.

Aus der Erwiderung des Ministers geht hervor, daß an Reformen nicht zu denken ist. Die vierte Wagenklasse soll beibehalten werden, da sie hohe Überschüsse liefert. Schlafwagen für die Reisenden dritter Klasse, die man im Auslande längst kennt, sollen in Preußen nicht eingeführt werden. Tarifreformen in nennenswertem Umfange sind nicht zu erwarten. Von einer Eisenbahngemeinschaft will man aus finanziellen Gründen nichts wissen, eine Ansicht, die durch die Rede des Finanzministers noch bekräftigt wurde. Einzig und allein die Fahrkartensteuer möchte der preußische Eisenbahnminister beseitigen, aber da hindert ihn wieder die Reichsregierung, die diese Steuer nur dann aufheben will, wenn ihr ein vollgültiger Ersatz dafür geboten wird. Herr v. Breitenbach ist stolz auf seine Erlasse, die den Beamten gegen Recht und Gesetz die Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und das Lesen sozialdemokratischer Blätter verbieten, sowie ihnen ihr Koalitionsrecht schmälert. Diese Ausführungen riefen natürlich den lebhaftesten Beifall bei der Mehrheit des Dreiklassenparlaments hervor. Das wird uns aber nicht hindern, weiter unermüdlich für die Rechte der Eisenbahner zu kämpfen.

Ein sauberes Plänchen.

Die schwarzblaue Brüderschaft im Reichstage hat offenbar die Absicht, das Volk gründlich einzuseifen. Bis vor kurzem ist ständig versichert worden, daß keine neue Ausgabe gemacht werden dürfe, ohne gleichzeitig die Deckung bei der Hand zu haben. Dieses Versprechen ist durch die Wehr- und die zugehörige sogenannte Deckungsvorlage schnöde gebrochen worden. Die gleichzeitige Vorlegung der Gesetzentwürfe ließen aber nun wenigstens darauf schließen, daß die Materie nicht zerrissen, daß Heeres- und Flottenvorlage in Verbindung mit den Deckungsvorschlägen vom Reichstage verhandelt werden müsse. Die „Post" enthüllt nun aber die Absicht der Konservativen in folgender Notiz:

„Wie wir (die „Post") von gutunterrichteter parlamentarischer Seite erfahren, kann nunmehr mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Regierung zunächst die parlamentarische Behandlung und Verabschiedung der Wehrvorlagen allein anstreben wird. Man hofft, diese Vorlagen bis Pfingsten, spätestens jedoch gleich nach Pfingsten unter Dach und Fach bringen zu können, sodaß damit der unangenehme Eindruck vermieden werden würde, den es nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande machen müßte, wenn die Annahme der Wehrvorlage erst im Herbst durchgesetzt werden könnte. An die gleichzeitige Verabschiedung der Deckungsvorlage ist bei der Kürze der Zeit natürlich nicht zu denken. Der Gesetzentwurf über die Abschaffung der Branntweinliebesgabe stellt eine in finanztechnischer wie in rechtlicher Hinsicht so außerordentlich verwickelte und schwierige Materie dar, daß es langwieriger Ausschußberatungen bedürfen wird, ehe die Vorlage zur zweiten Lesung im Plenum gebracht werden kann."

In der Tat eine ganz artige Spitzbüberei: Sind erst die Wehrvorlagen unter Dach, dann hat man mit der Deckung freie Hand. Die Liebesgabe kann den Junkern ruhig erhalten werden und wenn etwa andere schwarzblaue Steuerpläne scheitern sollten — was schadet es, die Militärvorlagen sind ja angenommen! Die Fortsetzung der Pumpwirtschaft steht ohnedies in sicherer Aussicht, da kann sie auch gleich beginnen. So sagen die braven junkerlichen und freikonservativen Vaterlandsfreunde. Und das Zentrum wird ihnen freudig zustimmen, es kommt dabei über mancherlei Verlegenheiten hinweg. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Regierung mit diesem Plane im stillen Einverständnis ist, deshalb hat sie vorsichtigerweise unterlassen, die Vorlagen durch ein Mantelgesetz zu verbinden. — Nun, die Sozialdemokratie wird alles daran setzen, das Gaunerstückchen zunichte zu machen.

Das fällige Dementi.

Kein Tag ohne ein Dementi — das scheint jetzt zu einer stehenden Einrichtung bei der Reichsregierung geworden zu sein. Am Mittwoch wendet sich nämlich das Kanzlerblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", gegen die „Nationalliberale Korrespondenz", die behauptet hatte, der Bau des Nordostseekanals werde um die abgestrichenen 10 Millionen Mark verlangsamt. Dazu sagt das Kanzlerblatt:

„Die Summe ist für die Bauzeit des nächsten Etatsjahres deswegen nicht erforderlich, weil einmal infolge der ungünstigen Witterung die Erdarbeiten nicht so weit fortgeschritten sind, wie bei Aufstellung des Etats in Aussicht genommen wurde, und weil zweitens die Festlegung der Trace für die Bahnüberführung bei Hochdonn sich verzögert hat. Der Gedanke, daß es sich hier nicht um tatsächliche Umstände, sondern um eine sachlich unberechtigte finanzielle Schiebung handele, ist demnach völlig haltlos."

Sonderbar, daß diese Momente dem Reichsschatzamt just in dem Augenblick zum Bewußtsein gekommen sind, in dem es sich darum handelte, die Mittel für die Deckung der Wehrvorlagen zusammenzustellen. Durch dieses Zusammentreffen wird die Glaubwürdigkeit des Dementis nicht gerade erhöht.

Die Liebesgabenempfänger am Rettungswerk.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten, der 36 Einzelvereine der Spiritus verarbeitenden Industrien aller Gegenden Deutschlands in sich vereinigt, trat in der Handelskammer zu Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zu der Regierungsvorlage wegen der Aufhebung des Kontingents Stellung zu nehmen. Nach mehrstündiger Beratung wurde von den 40 anwesenden Vertretern einstimmig ein Beschluß gefaßt, nach welchem die Einführung eines staatlichen Spiritusmonopols als eine andauernde und nicht wiedergutzumachende Schädigung der Spiritusbrenner verurteilt wird. Alle Kraft müsse eingesetzt werden, um sowohl die Gefahr eines Spiritusmonopols als auch jeden gesetzlichen Eingriff in die Branntweinbesteuerung abzuwenden. Beharre die Regierung auf ihrem Vorschlag, das Kontingent abzuschaffen, so müsse gefordert werden, daß zugleich mit der Aufhebung des Kontingents die gesetzlichen Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang beseitigt werden, die erst durch das Gesetz vom Jahre 1909 neu geschaffen worden sind.

Die hinausgeschobene Erhöhung der Mannschaftslöhnung.

Das dem Reichstag vorgelegte Etat-Ergänzungsgesetz stellt den Mehrbedarf der Heeresverwaltung an Geld für das Etatsjahr 1912/13 bis in die minimalsten Einzelheiten fest. Nur für Erhöhung der Soldatenlöhnung wird, wie bereits gemeldet, nichts gefordert. Bei näherem Zusehen finden wir nun in der Berechnung des Bedarfs folgende Zeilen:

„Er (der Bedarf) vergrößert sich vom Jahre 1913 ab aus Anlaß der Erhöhung der Mannschaftslöhnung noch um jährlich rund 15 Millionen Mark für das Reichsheer."

In den umfangreichen Berechnungen, die das Reichsschatzamt aufgestellt hat, wird die Erhöhung der Mannschaftslöhnung nicht erwähnt. Es ist nicht zu verstehen, weshalb nun diese Erhöhung abermals verschoben werden soll. Ist eine Erhöhung der Mannschaftslöhnung ernstlich beabsichtigt, dann vermag man nicht einzusehen, weshalb diese Erhöhung nicht auch bereits am 1. Oktober 1912 eintreten soll. Die ganze Erhöhung würde $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark beanspruchen, eine Summe, die eine Bagatelle ist im Vergleich zu den enormen Mehrforderungen, die für das Reichsheer gestellt werden. Aus der ganzen Art, wie diese Erhöhung der Mannschaftslöhnung behandelt wird, ergibt sich die Berechtigung unserer Frage, wo dann diese Erhöhung eigentlich bleibe. Es sieht in der Tat so aus, als ob die Heeresverwaltung gerade auf diese Ausgabe keinen besonderen Wert lege. Jedenfalls wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragen, die Erhöhung der Mannschaftslöhnung sofort vorzunehmen.

Die vorsichtigen Spiritusbrenner.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz richtete an die Spirituszentrale eine Anfrage wegen Lieferung größerer Quantitäten Spiritus. Die Spirituszentrale teilte dem Konsumverein mit, daß er die verlangte Menge sofort erhalten könne, die Preisfestsetzung könne freilich erst später erfolgen. Die Spirituszentrale will offenbar erst den Verlauf der Verhandlungen des Reichstags über die Aufhebung der Liebesgabe abwarten, ehe sie den Preis des jetzt abgegebenen Spiritus bemißt. Fällt die Liebesgabe, dann gedenkt sie zweifellos durch andere Preisnormierungen sich schadlos zu halten. Wie man sieht, wissen sich die Spiritusbrenner immer zu helfen, und ob mit oder ohne Liebesgabe auf ihre Rechnung zu kommen.

„Umwälzung in der Bewaffnung".

Der „Post" wird geschrieben: „Wie eine Nachrichtenstelle von militärischer Seite erfährt, sind der Armeeverwaltung vor einiger Zeit von privater Seite 50 000 Mark zur Anstellung von Versuchen mit sogenannten Federgeschützen zur Verfügung gestellt worden. Dieser scheinbar unbedeutenden Tatsache kommt eine ganz hervorragende Bedeutung zu; heißt doch das Gelingen dieser Versuche nichts mehr und nichts weniger als eine gänzliche Umgestaltung der gesamten Kriegsführung, da bei dem Geschütz die Pulverkraft, die sonst das Geschoß mit lautem Knall dem Ziele zutreibt, hier durch völlig geräuschlose Federkraft ersetzt wird. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß mit dem „Federgeschütz" bereits auf 2000 Meter erfolgreich geschossen ist."

Die Streikpolizei vor dem sächsischen Landtage.

Am Dienstag wurde die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über das Vorgehen der Polizeibehörde in Plauen gegen die Streikposten behandelt. Der Abg. Winkler begründete die Interpellation an der Hand eines aktenmäßig sicheren Materials und wies nach, daß das Vorgehen der Polizei nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche. Von Verkehrsstörungen hätte gar keine Rede sein können. Die Polizei hätte eben eo ipso das Streikpostenstehen verboten. Der Minister Vitzthum v. Eckstädt beantwortete die Interpellation. Er sagte, daß das Ministerium auf dem Standpunkt stehe, daß das Koalitionsrecht weder den Unternehmern noch den Arbeitern genommen werden dürfe. Die Regierung würde sich der größten Unparteilichkeit bei Lohnkämpfen befleißigen, aber es sei nicht angängig, daß die Streikposten die Arbeitswilligen belästigen und daß diese den Verkehr stören. Soweit müsse er sagen, daß das Vorgehen der Plauener Polizeibehörde berechtigt war. Im übrigen seien noch Erörterungen im Gange; wenn ein Verschulden vorliege, würde er diesen Zustand beseitigen. In der Debatte sprachen dann noch die Genossen Müller und Riem von unserer Seite, die besonders eingingen auf die allgemeinen Verhältnisse in Deutschland, provoziert durch den nationalliberalen Abgeordneten Nitschke, der sich besonders mit dem Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier und den vielen Bestrafungen dort beschäftigte. Es wurde von unserer Seite den Gegnern ein Licht aufgesteckt über die wirklichen Vorgänge in der Arbeiterbewegung.

Die Kritik der neuen bayerischen Regierung im Reichsrat.

Großes Aufsehen erregte ein Zwischenfall in der Dienstagssitzung des Reichsrates, der ersten bayerischen Kammer. Graf Toerring, ein Anverwandter des Hauses Wittelsbach, griff mit schneidender Ironie das Ministerium Hertling an. Er bekämpfte sowohl den Jesuitenerlaß, wie eine soeben ergangene Verordnung des neuen Verkehrsministers, in der die Bestimmungen über die Qualifikation für die Zulassung zum Beamtendienst verschärft werden. Es wird in dieser gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband gerichteten Verordnung unter anderem bestimmt: Falls Bedenken bestehen, ob das Verhalten der Qualifizierten vereinbar ist mit der durch den Diensteid übernommenen Verpflichtung zur Königstreue und Beobachtung der Staatsverfassung, so ist dies unter Anführung der näheren Anhaltspunkte anzugeben.

„Auch er begrüße," so spottete Graf Toerring, „die Figur des neuen Ministers des Innern; aber nur, weil sie so wunderhübsch in das Gesamtbild dieses Ministeriums passe. Die neue Regierung zu begrüßen, habe man nur deswegen Anlaß, weil sie den ersten Schritt zum parlamentarischen System bedeute. Ein allerliebstes Osterei hat uns die Regierung geschenkt mit dem Jesuitenerlasse; er könne die Notwendigkeit zu einem solchen Vorgehen absolut nicht einsehen. Was die sozialpolitische Stellung des Staates anbelangt, so ist es bisher in Bayern Brauch gewesen, die Arbeiterorganisationen, so lange sie auf gesetzlichem Boden stehen, nach gleichen Rechtsgrundsätzen zu behandeln. Das Zentrum hat den vorigen Verkehrsminister nur deshalb angegriffen, weil er sich nicht dazu hergab, den süddeutschen Eisenbahnerverband zu unterdrücken und damit der christlichen Organisation beizuspringen. Wenn die jetzige Regierung sich dem Zentrum weiter fügt, dann wird es zu äußerst schweren Konflikten kommen."

Auf solche Töne, die im Reichsrat bisher nicht gehört worden sind, antwortete der Minister des Innern, Freiherr v. Soden, nichts anderes, als daß sowohl der

Jesuitenerlaß als auch der neue Erlaß des Verkehrsministers eine Notwendigkeit gewesen seien. Über den Jesuitenerlaß werde sich auch zu gleicher Zeit in der zweiten Kammer Herr v. Hertling selbst äußern. Tatsächlich aber hat Herr v. Hertling in der zweiten Kammer darüber geschwiegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 18. April.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten.

Den ersten Mai durch Arbeitsruhe zu feiern beschlossen in ihrer letzten Mitgliederversammlung die organisierten Schuhmacher Lübecks. — Weiter haben die Bauklempner beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. — Die Bauarbeiter beschlossen in ihrer gestrigen Mitgliederversammlung einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Der Schriftstellerin Frau Ida Boy-Ed wurde gestern als am Tage ihres sechzigsten Geburtstages von Herrn Senator Dr. Fehling ein Dekret des Senates überreicht, in dem zunächst das Schaffen der Frau Boy-Ed warm anerkannt wird und das weiter besagt: „Um seiner Würdigung dieser Verdienste einen bleibenden Ausdruck zu verleihen, hat der Senat einer von Freunden und Verehrern der Frau Ida Boy-Ed entgegengebrachten Anregung gerne entsprechend, beschlossen, der Dichterin das sich an die Ostseite des geschichtlich denkwürdigen Burgtores anlehnende Haus Große Burgstraße Nr. 5 für ihre Lebenszeit als Wohnung anzubieten." — Gleichzeitig übergaben die Herren Senator Dr. Fehling und Rechtsanwalt Dr. Görtz namens einer größeren Anzahl von Freunden und Verehrern der Dichterin ihr eine Adresse, in der sie mitteilen, daß von ihnen ein größerer Betrag zur reizvoll-behaglichen Ausgestaltung dieser Ehren-Wohnung dem Senate übergeben worden ist. Die Adresse schließt: „Möge der Geist alter Geschichte der Vaterstadt, sie umraunend aus Wänden und Winkeln des Hauses, der weite Blick aus seinen Fenstern in das geschäftige Treiben der Gegenwart, über die Bauten und die von bewimpelten Schiffen belebte Wasserstraße des jenseits der alten Ringmauer sich dehnenden modernen Lübeck bis zu den ragenden Wipfeln der grünenden Bäume ihrem dichterischen Schaffen reiche befruchtende Anregung geben. Möge aus der traulichen Klause am Burgtor noch manches Buch den Namen Ida Boy-Ed hineintragen in die deutsche Literatur, der Dichterin zur Befriedigung und zum Ruhme, allen ihren Verehrern zu dankbarer herzlicher Freude.

Als letzte Vorstellung für den Arbeiter-Bildungsverein in dieser Spielzeit geht am Sonntag, dem 28. April, die Oper „Undine" von Alb. Lortzing im Neuen Stadttheater in Szene. Das Werk fesselt durch die ansprechende melodienreiche Musik und die romantische Handlung, die mit sonnigem Humor stimmungsvoll durchwirkt ist. Die besten Kräfte unserer Oper wirken in der Aufführung mit. Da die Nachfrage nach Karten schon jetzt sehr rege ist, so kann nur geraten werden, sich baldigst damit zu versehen. Vollständige Textbücher sind zum Preise von 20 Pfg. in der Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46, zu haben.

Haftpflicht des Gastwirts. Nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat der Schuldner Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten, auch hat er ein Verschulden der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, in gleichem Umfange zu vertreten, wie eigenes Verschulden. Ein solches Schuldverhältnis kommt auch dann zustande, wenn ein Gastwirt ein Getränk verkauft. Ist dieses Getränk schlecht und entsteht dem Käufer dadurch ein Schaden, so haftet der Gastwirt ohne weiteres, wenn ihn ein Verschulden an der Ausgabe dieses Getränkes trifft. Eine umstrittene Frage aber ist es, ob der Gast immer den Nachweis zu führen hat, daß den Verkäufer ein Verschulden trifft oder ob in besonderen Fällen der Gastwirt beweisen muß, daß ihn kein Verschulden trifft. Da der Beweis eines Verschuldens des Gastwirts für den Gast gewöhnlich erschwert ist, hat das Reichsgericht in einer früheren Entscheidung bereits ausgesprochen (der Gast hatte anstatt Selterswasser Vitriol bekommen), daß der ganze Sachverhalt kaum anders zu erklären sei, als daß es an den erforderlichen Vorschriften und Anordnungen im Geschäft gefehlt haben muß. Auf Grund dieser Erwägung scheint das Reichsgericht auch den vorliegenden Fall beurteilt zu haben. — Ein Gast verlangte in einer Wirtschaft einen Kognak und eine Flasche Sauerbrunnen. Nachdem er den Kognak ausgetrunken hatte, trank er von dem angeblichen Sauerbrunnen einen Schluck. Weil das Getränk zu warm schmeckte, gab er die Flasche wieder zurück, erhielt sie aber abgekühlt wieder. Er trank wieder einen Schluck, ließ die Flasche dann stehen und bezahlte. Schon unterwegs wurde ihm übel, zu Hause stellten sich Erbrechen und andere Krankheitserscheinungen ein. Der Arzt stellte fest, daß der Mann Schwefeläther getrunken hatte. Wegen der Krankheitsfolgen erhob dieser Schadenersatzklage gegen den Wirt. Das Landgericht verneinte überhaupt den Kausalzusammenhang zwischen dem Genuß der Getränke und der Erkrankung des Klägers und wies die Klage ab. Das Oberlandesgericht stellte fest, daß die Erkrankung des Klägers auf den Genuß des angeblichen Sauerbrunnens zurückzuführen ist. Immerhin wies es aber den Kläger mit seinen Ansprüchen ab, indem es erklärte, daß er ein Verschulden des Beklagten nicht nachgewiesen habe. Es sei nicht genau festgestellt, welche Flüssigkeit sich in der Flasche befunden habe. Von dem Nachweise eines Verschuldens des Beklagten werde der Kläger nur dann frei, wenn er den Nachweis erbringe, daß ein ordnungswidriger Zustand vorgelegen hat, der tatsächlich verkehrsgefährlich war. Das Oberlandesgericht verneint, daß der Kläger einen solchen Nachweis erbracht habe. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision des Klägers führte aus, daß der Nachweis des Verschuldens des Gastwirts für den Gast stets erschwert sei und daß es fraglich sei, ob nicht aus dem Vertragsverhältnis ohne weiteres ein Verschulden anzunehmen sei, wenn jemand in einer Gastwirtschaft ein giftiges Getränk als Erfrischungsgetränk erhalte. Denn der Gastwirt könne bald nach dem Genuß die Spuren seines Verschuldens verwischen. Außerdem liegt aber die Verletzung eines Schutzgesetzes, des Nahrungsmittelgesetzes, vor und somit ein Verstoß gegen § 823 B. G. B. Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts zurückverwiesen.

Selbstmordversuch eines Schülers. In einem Abteil des Dienstag abend von Eutin hier eintreffenden Zuges schoß sich in selbstmörderischer Absicht der 17jährige Schüler einer höheren Lehranstalt, Sohn eines Oberlehrers, mittelst eines Revolvers eine Kugel in die Brust. Der schwerverletzte junge Mensch wurde dem Krankenhause zugeführt.

pb. **Diebstähle.** In den letzten acht Tagen sind aus einem verschlossenen Holzkasten, der auf dem Petrikirchhof aufgestellt war, zirka acht Kabelabfallenden von 70 bis 150 Zentimeter Länge gestohlen worden. Inhalt der Kabelenden war Kupfer und Blei. Der Täter dürfte versuchen, dieselben an einen Althändler zu verkaufen. — Ein Arbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm an Bord des Dampfers „Alexandria" eine silberne Remontoiruhr gestohlen worden sei. In dem Deckel der Uhr steht der Name Johannes Kähler.

pb. **Verhafteter Wäschedieb.** Festgenommen wurde ein Möbelpolierer aus Augsburg, der zwei Damenhemde gestohlen hatte, die auf einer Leine in dem Garten eines Hauses der Sophienstraße hingen.

Internationale Ringkämpfe im Hansa-Theater. Mittwoch, am 2. Tag der Konkurrenz waren folgende Resultate zu verzeichnen: M. Schwarz besiegte Ali Oglui nach 16 Minuten durch Durchziehen beider Arme. Der Holländer Piet van Andree brauchte nur 9 Minuten, um Goksch (Breslau) auf beide Schultern zu werfen. Gambier (Frankreich) und Hißmann (Westfalen) konnten keine Entscheidung herbeiführen. Nach 20 Minuten mußte der Kampf abgebrochen werden. Zum Schluß legte der Weltmeister Albert Sturm den Elsässer Frachet nach 6 Minuten durch Hüftschwung auf beide Schultern. — Freitag ringen: Mamutow-Frachet, Goksch-Gebhardt, Reglin-Kriechelsdorf und Entscheidungskampf Hißmann gegen Gambier.

Maifestspiele. Am 7., 9., 11. und 13. Mai finden im Neuen Stadttheater Festspiele statt. Es kommen zur Aufführung: „Tristan und Isolde", „Walküre", „Meistersinger" und das Schauspiel „Judith" von Hebbel. Für sämtliche Hauptrollen sind die nahmhaftesten und besten Vertreter der deutschen Bühne gewonnen. Alles Nähere wird in allernächster Zeit durch Anschlagsplakate und Inserate bekannt gegeben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Bernard Shaw, der große englische Satyriker, wird Freitag, den 19. April, in einem seiner bedeutendsten und amüsantesten Werke zu Gehör kommen. Es ist dies: Der Arzt am Scheideweg." Die von so vielen geteilte Anschauung, dem Genie sei alles erlaubt, selbst Schurkereien, wird mit prächtiger Laune in der Figur des Malers und Hochstaplers Dubedat gegeißelt. Über den Szenen im Arztezimmer liegt ein feiner liebenswürdiger Spott, stets treffend aber nie verletzend. Doch wir wollen nichts verraten. Jedenfalls verbürgt die Aufführung des Werkes einen interessanten Abend.

Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldungsschein.
6) Innungsmitgliedsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind: außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

Stockelsdorf. Eine öffentliche Volksversammlung findet am Sonnabend, dem 20. April, abends 8½ Uhr im Gesellschaftshaus Fackenburg statt. Genossin Röhl aus Berlin wird über das Thema: „Die Frauen und die Politik" sprechen. Da Männer und Frauen dazu eingeladen sind, steht zu erwarten, daß auch die Frauen recht zahlreich erscheinen.

Hamburg. Von den Verhandlungen im Hamburger Hafen. Die Verhandlungen über die Forderungen der Hafenarbeiter gehen nur langsam weiter. Über die Arbeitsverhältnisse in den Stauerbetrieben, bei deren Beratung bereits eine Anzahl der Grundfragen entschieden wurden, konnte eine Einigung bisher nicht erzielt werden. Am Mittwoch, dem 17. Mts., wurden die Beratungen wieder aufgenommen. — 27 Personen gerettet. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger berichtet: In den letzten Tagen sind die deutschen Küsten von außergewöhnlich starken Stürmen heimgesucht worden. Die Rettungsstationen unserer Gesellschaft, namentlich an der Nordsee, hatten schwere Arbeit. Wie durch unsere telegraphischen Rettungsmeldungen bereits verbreitet worden ist, wurden in neun Strandungsfällen 27 Personen gerettet.

Hamburg. Die Hamburger Post auf der „Titanic". Der Dampfer „Titanic" hat 3450 Briefbeutel an Bord gehabt, die wahrscheinlich sämtlich verloren gegangen sind. Mit dem Dampfer haben auch diejenigen Briefsendungen Beförderung erhalten, die in Hamburg vom 6. April nach Abgang des Zuges D 94 ab Hamburg 2,44, bis zum 9. April 4 Uhr nachm. — Zug D 100, ab Hamburg 4,31 — nach den Vereinigten Staaten von Amerika und den Durchgangsländern eingeliefert worden sind.

Harburg. Strafantritt. Genosse Schubert, Redakteur am Harburger „Volksblatt", der von der Strafkammer in Stade wegen angeblicher Beleidigung Jagows zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat Dienstag seine Strafe im Gefängnis zu Harburg angetreten.

Kiel. Oberbürgermeisterwahl. Bei der gestrigen Wahl des Oberbürgermeisters erhielt Bürgermeister Lindemann 8177 Stimmen, seine beiden Gegenkandidaten zusammen 88 Stimmen. Lindemann ist somit gewählt. — Unsere Parteigenossen hatten bekanntlich Stimmenthaltung proklamiert.

Kiel. Der Kieler Polizeipräsident will keinen Maifeierumzug. Während allmählich in einem und dem anderen Orte Schleswig-Holsteins die Polizeibehörden die Genehmigung zu einem Demonstrationszuge am 1. Mai erteilen, will der Kieler Polizeipräsident in seinem Machtbereiche solche Veranstaltungen nicht dulden. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins in Neumühlen-Dietrichsdorf — eine stark von Arbeitern bewohnte Gemeinde, die zum Bezirk der königlichen Polizei in Kiel gehört — hatte beim Polizeipräsidenten die Genehmigung zu einem Demonstrationszuge am 1. Mai nachgesucht. Der Polizeipräsident lehnte die Genehmigung ab. Für ihn ist es eine ausgemachte Sache, daß die Sozialdemokraten in Kiel und den umliegenden Orten besonders gewalttätiger Natur sind. Nach der Wahlrechtsdemonstration am 15. März 1910, die geradezu glänzend verlief, und erst im letzten Augenblicke durch das vollständig unmotivierte Eingreifen der Polizei gestört wurde, was dann allerdings zur Folge hatte, daß einige übereifrige Schutzleute in etwas bedrängte Lage kamen, werden die Vorgänge von diesem Tage von dem Polizeipräsidenten stets als Gründe für die Ablehnung jedes Demonstrationszuges und jeder Versammlung unter freiem Himmel angeführt. Das Oberverwaltungsgericht hat ihm leider darin recht gegeben. Auch in diesem Jahre wird der 15. März 1910 als Beweisgrund für die Gewalttätigkeit der Sozialdemokratie im Kieler Bezirk angeführt. Aber Herr v. Schroeter, der Kieler Polizeipräsident, hat in diesem Jahre noch einen neuen Grund. Daß die Sozialdemokratie auch in neuester Zeit noch diesen gewalttätigen Charakter hat, folgert er aus einem Artikel in Nr. 157 der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" vom 8. Juli 1911, in welchem zum Schluß gesagt ist, „daß sich die Kieler Sozialdemokratie stark genug fühlt, auch gegen den Willen eines Polizeipräsidenten die Straße zu behaupten." Es spielt also auch etwas gekränktes Autoritätsgefühl für die Versagung der Genehmigung für den Demonstrationszug in Neumühlen-Dietrichsdorf mit. Trotz Herrn v. Schroeter wird das wahr bleiben, was die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" am 8. Juli 1911 geschrieben hat.

Kommunales.

Die Antwort auf den Rixdorfer Wahlrechtsraub. Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen der 2. Klasse in Neukölln (Rixdorf). Gewählt wurden sechs Sozialdemokraten; fünf weitere kommen in Stichwahl. Es gelang keinem einzigen Gegner, im ersten Wahlgang durchzukommen. Große Begeisterung herrscht über diese Antwort auf den versuchten Wahlrechtsraub.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 17. April.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50—1,55 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—4 Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück —,— Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,05—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,40, Eier Stck. 7—8 Pfg., Heringe 3 10 Pfg., Dorsche genüg. Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 0,80—1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie 1,40—1,50 Mk., Brachsen 70—80 Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barsche Pfd. 70—80 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken.. 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel. verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen. pr. 100 Pfd Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 70—80 Pf., Aland Pfd. 80 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 17. April.

Weizen, 128—134 Pfd. holl. 208—215 Mk. **Roggen** 120—125 Pfd., holl. 187—192 Mk., **Gerste,** nach Qualität 200—210 Mk. **Hafer,** nach Qualität, 200—206 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. April.

Auftrieb 7900 Schweine. Markt sehr langsam geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (54,50 bis 55,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 67,— bis 68,00 (53,50 bis 54 50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66,— bis 68,50 (51,50 bis 52,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 65,— bis 66,00 (50,50 bis 51,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 57,— bis 64,00 (43,50 bis 48,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 62,— bis 64,00 (50,50 bis 51,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 55,00 bis 62,00 (43,00 bis 48,50) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 16. April.

1. Klasse 667 Drittel zu 129,50 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 78 „ „ 121,23 Mk. „ „

Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlosserhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.85
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Katen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Geräucherte Fische, Räucherwaren
empfiehlt
H. Zimmermann
Kupferschmiedestraße 17.

Garantiert rein
Deutsche Honigarten
in Zusammenstellung mit
:::: Raffinade. ::::
Marke
„DEHAZET"
erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

Alte Buttermilch und Molken
gibt billigst ab
Holsten-Meierei, Dietz Nachf. Inh. Otto Gehrke
Wickedestraße 44.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 21. April:
Ausflug nach Schwartau.
Abmarsch 3 Uhr vom Lindenplatz.
Der Jugendausschuß.

Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden schnell und billig ausgeführt.
Aug. Büttner, Uhrmacher,
Hüxstraße 32.
Uhrgläser Ia. 25 Pfg.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Ordentliche
General-Versammlung
der Vertreter
Sonnabend, 27. April 1912
abends 8½ Uhr
in Kempfers Gesellschaftshaus (Bürgerverein), Königstr. 25.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Abnahme der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes.
3. Wahlen zum Vorstande.
4. Wahlen zum Rechnungsprüfungsausschusse.
5. Teuerungszulage für die Angestellten.
6. Sonstige Angelegenheiten.

Die **Ersatzmänner** der Generalversammlungsvertreter können der Versammlung als **Zuhörer** beiwohnen.
Lübeck, den 10. April 1912.
Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinentenbund

Versammlung
Freitag, den 19. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52
Freunde unserer Sache werden hiermit freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Schwartau u. Rensefeld.

Mitglieder-Versammlung
Freitag, 19. d. M.,
abends 8½ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Eimerbierverkauf

Dienstag und Freitag, nachmittags von 2—9 Uhr
Mittwoch und Sonnabend, vormittags von 6—8 Uhr.
Brauerei F. Weiermiller Nachflg.

Undine.

Romantische Oper in 4 Aufzügen von Albert Lortzing.
Vollständige Textbücher sind zum Preise von 20 Pfg. bei uns zu haben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Mitgliedschaft Lübeck.

Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 19. April 1912
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal.
3. Kartellbericht.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
Der Vorstand.

Die Stichwahl zum Verbandstag in Breslau findet am
Sonntag, dem 21. April 1912
von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachm. in folgenden Lokalen statt:
Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52,
Gasthof Transvaal, Schwartau,
F. L. Paetau, Fackenburg.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen
Der Vorstand.

HANSA THEATER
Tel. 610. Dir. Reinh. Gollbach. Tel. 610

Um den Preis von **6000 Mk.** ringen heute Freitag:

Mamutow (stärkster Ringer v. Rußland)	gegen	**Frachet** (Elsaß-Lothringen)
Goksch (Breslau)	gegen	**Gebhardt** (Berlin)
H. Reglin (Lübeck)	gegen	**Kriechelsdorf** (Brandenburg)

Entscheidungskampf:

Hissmann (Meisterringer von Westfalen)	gegen	**L. Gambier** (Champion von Frankreich)

Vorher das **Variété-Programm.** Anfang 8½ Uhr.

Zur Maifeier 1912.

Händler, Schausteller u. Verkäufer von Eßwaren
die am 1. Mai in **Israelsdorf** ausstehen wollen, haben sich bis
Montag, den 22. April, mittags
unter Angabe ihrer Wohnung und die Bezeichnung ihrer Waren
schriftlich
beim Vorsitzenden des Maifeier-Komitees, **W. Bromme, Johannisstraße 50,** zu melden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.
Das Komitee.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

General-Versammlung
Freitag, 19. April d. J.
abends 8½ Uhr
Tages-Ordnung:
1. Berichte. 2. Anträge. 3. Kreisturntag. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

UNIVERSUM

Heute 8¼ Uhr:
Neuer bunter Teil.
Dazu Kalnbergs burl. Schlager
Unsere Ulanen.
Entree: 20 Pfg.

Neues Stadttheater.
Freitag, den 19. April 1912.
Voll-Ab. 178. Freitag-Ab. 29.
Novität! Novität!
Der Arzt am Scheideweg.
Komödie in 5 Akt. v. Bernh. Shaw.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Sonnabend, den 20. April 1912.
Voll-Ab. 179. Außer Sonnab.-Ab.
Volkstümliche Vorstellung.
Tantris der Narr.
Drama von Ernst Hardt.
Anf. 7½ Uhr. Ende geg. 10½ Uhr.

Käse! Billig!

Bruch, 20 u. 10 Pfg. per Pfd. Ganze Käse, vollfett, zirka 7 Pfd. 1 Mk. per Stück.
Fleischhauerstraße 48.

Beim Einkauf von Margarine fordere man nur die ersten Marken:
„Siegerin"
„Palmalo"
„Mohra"

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49 Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
L. Lorenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
L. Kröger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Wilbert, Warendorpstr. 20. Fünfhausen 7.

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96 Fernspr. 1274
Trinkt Lübecker Vereinsbräu.
F. Weiermüller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper u. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wallbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semran, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Harkwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19 a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Verwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1523. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Fackenb. Allee, Petzerstr. 1a.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Kath, Frister & Roßmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlstr. 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1 a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41 a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Päten, Dankwartsgr. 48. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Scheber, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
E. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42 a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34 a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12 a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1 a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14 a.
J. Semran, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12 a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Lintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei die Amme Lübecks u. liefert nur vom Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Dörkmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankat. 83.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moisig. Allee 40 a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2 a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Boulcke, Lübeck, Königstr. 48 b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 30.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 91. Donnerstag, den 18. April 1912. 19. Jahrg.

Wer dem unbedingten Duellzwang huldigt . . . .

Mehrere Duellaffären haben neuerdings die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Zustände gelenkt, die grelle Streiflichter auf unseren sogenannten „Rechtsstaat" werfen. Neben dem in der Presse ziemlich eingehend erörterten Fall Schumm-Sambeth-Mergentheim kommt besonders in Betracht die Eichsfelder Affäre v. Krieger-Biermann. In letzterem Falle hat der Kaiser entschieden, daß der Rittmeister v. Krieger, der eine Forderung des von ihm nicht für satisfaktionsfähig gehaltenen Bankiers Biermann abgelehnt hatte, und deshalb mit schlichtem Abschied aus dem Offizierkorps entlassen werden sollte, nur mit einer Warnung zu bestrafen sei.

In dem erstgenannten Falle hat der Kaiser bekanntlich „in Gnaden genehmigt", ließ also befehlen, daß der Sanitätsoffizier Dr. Sambeth „unverzüglich um seine Entlassung nachsucht". Das Ehrengericht hatte entschieden, daß Sambeth mit schlichtem Abschied entlassen werden sollte, weil er (als Katholik aus religiösen Gründen) ein Duell abgelehnt hatte.

In beiden Fällen sind Offiziere, die sich geweigert haben, die Gesetze zu mißachten, bestraft worden. Es ist außerdem in guter Erinnerung, wie häufig schon Duellanten, auch solche, die ihre Gegner im Zweikampf getötet hatten, nach Verbüßung eines Teils ihrer Strafe vom König begnadigt worden sind.

Dieser Tatsachen muß man eingedenk sein, wenn man im Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich die §§ 201 bis 210 nachliest; darinnen werden nämlich die Herausforderung zum Zweikampf und der Zweikampf selbst ausdrücklich unter Strafe gestellt. Die Herausforderung wird mit Festungshaft bis zur Dauer von sechs Monaten bedroht. Die Mindeststrafe für einen Duellanten, der seinen Gegner im Zweikampf getötet hat, beträgt zwei, unter gewissen Umständen drei Jahre Festungshaft.

Vor dem Gesetze sind alle Preußen, Schwaben, Bayern usw. gleich — so steht es schwarz auf weiß in den Verfassungen. Außerdem wird der ein schamloser Verleumder genannt, der von einer Klassenjustiz in deutschen Landen spricht. „Im Namen des Königs" — des Königs, der, wie wir schon gesehen haben, als oberster Kriegsherr in die Duellaffären v. Krieger und Sambeth in so bemerkenswerter Weise eingegriffen hat — werden jetzt die Bergarbeiter in Westfalen dutzendweise zu schweren Strafen verurteilt, weil sie sich Streikbrechern gegenüber beleidigend geäußert haben sollen. O, es wird dem beschränkten Untertanenverstand wirklich einigermaßen erschwert, sich noch in unsern rechtsstaatlichen Zuständen zurechtzufinden.

Offizier oder Richter kann in Preußen-Deutschland nur werden, wer in der Wahl seiner Eltern sehr vorsichtig gewesen ist. Die meisten Richter und Staatsanwälte sind als Studenten Mitglieder akademischer Korporationen gewesen; sehr viele von ihnen waren Korpsstudenten. Als solche ist ihnen, ebenso wie den Offizieren, ein besonders feines Ehrgefühl anerzogen worden. Wer einen Korpsstudenten oder Offizier schief ansieht, muß gewärtig sein, zur Rede gestellt und eventuell „gefordert" zu werden. Ein Offizier, der dem sehr empfindlichen Ehrgefühl seiner Kameraden angeblich zu nahe getreten ist, ein Student, der sich Korpsbeschlüssen oder dem Korps-Komment gegenüber widerborstig benimmt, muß seiner Zukunft sorgenvoll entgegensehen; sie kommen in Verruf, und haben unter Umständen Zeit ihres Lebens folgenschweren Boykott zu gewärtigen.

Man sollte annehmen, daß in Fragen des Ehrgefühls derart feinfühlende Herren auch Verständnis haben müßten für die Gefühle, die einen in den Kampf tretenden Arbeiter überkommen, wenn sein Nebenmann zum Verräter, zum Streikbrecher wird! Doch diese Seite der Angelegenheit soll hier heute nicht erörtert werden, wir wollen vielmehr einige andere Tatsachen feststellen.

Auch als Richter und Staatsanwälte bleiben die ehemaligen Korpsstudenten „alte Herren", d. h. inaktive Mitglieder ihrer Korporation, zahlen Semesterbeiträge und unterstehen, wie wir noch sehen werden, weitgehenden Bestimmungen des S. C.-Komments. Ein solcher Komment ist ein sehr interessantes Ding. Vor uns liegt ein in den neunziger Jahren ausgearbeitetes Exemplar, das der Zufall uns in die Hände gespielt hat.

In ein Korps kann nur aufgenommen werden, wer „wenigstens eine dem S. C. (Senioren-Convent) genügende Mensur geliefert hat." Unter einer Mensur wird ein Zweikampf mit tödlichen Waffen verstanden, den unter Anwendung der die Tötung oder lebensgefährliche Verletzungen nach menschlicher Berechnung ausschließenden Vorsichtsmaßnahmen (Binden und Bandagen), ein Student mit einem anderen, der ihm entgegengestellt wird, ausgekämpft hat. Zunächst müssen also die Studenten, die Mitglieder eines Korps werden wollen, bewußtermaßen die Gesetze übertreten. Dann muß der Aufzunehmende — hier kommen besondere Voraussetzungen in Betracht, auf die wir nicht näher einzugehen brauchen — einen feierlichen Eid leisten, durch den er die Korps-Konstitution als bindend für sich anerkennt. Die Tätigkeit des S. C. zerfällt in eine administrative und eine jurisdiktive. Uns interessiert hier nur die letztere. Da heißt es im § 66 des uns vorliegenden S. C.-Komments:

Als Kläger vor dem S. C. kann auftreten:

1. Jeder hiesige oder auswärtige Student, sobald er nicht in perpetuellem Verruf ist, dem unbedingten Duellzwang huldigt und sein Ehrenwort gibt, sich dem Ausspruch des S. C. unterwerfen zu wollen.
2. Jeder Philister, falls er nicht im Verruf ist, und falls sich seine Klage gegen einen Studenten richtet.

Aus dem Abschnitt des Comments, der die Strafen behandelt, führen wir diese Bestimmungen an:

§ 97. I. Verruf. a) perpetueller Verruf;
b) temporärer Verruf;
aa) auf unbestimmte Zeit;
bb) auf bestimmte Zeit.

§ 98. A. Verruf. Verruf ist der unbedingte Verlust der Burschenwürde mit allen daraus entspringenden Rechten. Der perpetuelle Verruf (infamierende Verruf), der auch dann noch fortdauert, wenn der in Verruf Erklärte aufhört, Student zu sein, kann nur durch den Ausspruch des Jury-Gerichts bezw. des einstimmigen S. C.-Beschlusses ausgesprochen und aufgehoben werden

§ 100. Mit temporärem Verruf auf unbestimmte Zeit wird bestraft:

1. Wer sich weigert, vor dem S. C. zu erscheinen oder sich den S. C.-Beschlüssen zu fügen.
3. Wenn jemand Satisfaktion verweigert.
4. Wenn jemand auf Mensur kneift.

§ 101. Mit Verruf auf bestimmte Zeit, der sich auf 14—360 Tage erstrecken darf, wird bestraft:

1. Wenn jemand nach dreimaligem Treten nicht fordert . . .

§ 105. Verruf gegen Philister. Der Verruf gegen Philister besteht in dem Gebote, daß kein Corpsangehöriger sich mit demselben einläßt. Dies bezieht sich auf den persönlichen Verkehr, sowie auf jeden Verdienst, den derselbe von Corpsangehörigen haben kann. Die Strafe erstreckt sich von zwei Monaten bis auf fünf Jahre. . . . . Die Mitteilung des ausgesprochenen Verrufs muß dem Philister mündlich ohne Zeugen mitgeteilt werden. . . .

Es wäre gewiß nicht ohne Interesse zu erfahren, was sich ein als Strafrichter fungierender „alter Herr" eines Corps eigentlich denkt, wenn er einen Arbeiter, weil dieser einen Kollegen, der den Streik gebrochen hat, durch das Wort Streikbrecher „in Verruf erklärt haben soll", ins Gefängnis schickt.

Doch der Comment enthält noch andere Bestimmungen, die von Interesse sind. Wir zitieren einige aus dem Abschnitt Pauk-Comment:

I. Satisfaktionsfähigkeit.

§ 106. Alle ehrenhaften Burschen haben die Pflicht, sich als solche gegenseitig zu achten, Derjenige, dem diese Achtung verweigert wird, hat für diese Ehrenkränkung nach Burschenbrauch Genugtuung zu verlangen.

§ 107. Genugtuung wird verlangt: 1. durch Revokation oder durch Revokation und Deprekation. 2. durch Waffen.

§ 121. . . . Leugnet der Beleidiger, daß er beleidigt habe, so soll das Ehrenwort des Beleidigten, daß er beleidigt worden sei, als voller Beweis gelten.

§ 124. Nach jeder offenbaren Beleidigung muß eine Forderung erfolgen.

Zumeist handelt es sich bei den in diesen Paragraphen erwähnten Forderungen freilich um relativ harmlose Zweikämpfe, nämlich um „Mensuren" mit Binden und Bandagen. Von erheblicher Bedeutung sind aber die Bestimmungen über die „inkommentmäßigen Forderungen" und das Ehrengericht. Es ist charakteristisch, daß der Vorsitzende des Ehrengerichts den Beleidiger und den Beleidigten und deren etwaige Zeugen zunächst fragen soll, „ob sie bei der Kontrahage in einigermaßen dispositionsfähigem Zustande sich befunden haben." Mit anderen Worten: es wird gefragt, ob es sich nicht um einen Krakeel handelt, bei dem wenigstens der eine Teil total betrunken gewesen ist?

Das Ehrengericht hat abzustimmen über die gestellten Forderungen, hat zu entscheiden, ob eine Forderung abgelehnt oder mit Säbel oder Pistolen gekämpft werden soll.

„Ist eine Pistolenforderung gestellt und wird dieselbe genehmigt, so hat der Präsidierende sämtliche zu bitten, tunlichst wenig über die Verhandlungen des Ehrengerichts verlauten zu lassen."

Es folgen dann ausführliche Bestimmungen darüber wie Pistolen und Säbel beschaffen sein müssen, mit denen gefochten werden soll und wie lange der Zweikampf dauern darf. Über die Pistolenmensur heißt es unter anderen:

§ 174. Jede Pistolenmensur soll binnen 24 Stunden nach erfolgter Genehmigung ausgefochten werden.

§ 175. Die Pistolenforderungen zerfallen in:

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er schöpfte einen Augenblick Atem, und man konnte glauben, daß er nun die Einzelheiten seiner Sünden bekennen würde. Da er zwei Jahre in La Petit-Roquette, dem Knaben-Gefängnisse zugebracht hatte, bevor er in Port-des-Heils eintrat, so hätten die Zuhörer wohl Schlimmes zu hören bekommen. Glücklicherweise ging er darüber fort.

„Jetzt aber ist alles Ruhe und Licht in meiner Seele. Jesus hat mich aus dem Strom des Verderbens gezogen, er wird auch Euch herausziehen, wenn Ihr ihn um Hilfe anruft. . . . Sünder, die Ihr mich hört, sträubt Euch nicht länger."

Er sprach zu den alten Damen auf der ersten Bank mit einem verständnisvollen Lächeln, mit unmerklichen Augenblinzeln als hätte er alte Galeerenkameraden vor sich; er ermahnte sie „die schlechte Gesellschaft" zu meiden, sich dem Heiland hinzugeben, dessen kostbares Blut die größten Verbrechen sühnt. . . . Dann entfernte er sich, um Mistreß Watson aus Cardiff Platz zu machen, indem er die Schultern wiegte und seinen Kopf mit dem dünnen runzlichen Schildkrötenhalse vorstreckte. — Als man die Mistreß sah, ging ein Schauer durch den Saal wie beim Auftreten einer berühmten Schauspielerin. Diese Watson war der Anziehungspunkt des Programmes und in den Kreisen der Präsidentin war ihr „Bekenntnis" schon lange erwartet. Unter der einem Schirmdach ähnlichen Krempe eines englischen Hutes mit breiten Bändern erkannte Eline das von den Tränen geschwollene Gesicht, die brennenden blutunterlaufenen Augen der Erscheinung, welche ihr bei ihrem Besuche bei Frau Autheman so aufgefallen war. Ohne Zweifel hatte man sie an jenem Morgen die Probe ihres „Bekenntnisses" ablegen lassen und Lina hätte erzählen können, wie viel Jammer es gekostet.

„Sie will noch nicht recht, aber sie wird sich schon fügen."

Doch nein, bei dem Anblick der vielen Leute, bei dieser Beleuchtung und angesichts der spähenden Augen, welche auf ihren Schmerz und auf ihre Häßlichkeit gerichtet waren, versagte ihr plötzlich die Stimme. Man sah diese arme platte Brust keuchen, man sah, wie zwei weiße Hände mit dicken Adern an die pfeifende Kehle griffen und oder instinktmäßig das krankhafte Hindernis suchten, welches sie fast erstickte und die Worte nicht heraus ließ.

„Watson! —" rief eine kurze strenge Stimme.

Die Katechumenin beugte den Kopf nach der Seite, wie um zu sagen, daß sie jetzt sprechen würde; und ihre Anstrengung dazu war so groß, daß man ein Gerassel wie bei einer sich abrollenden Wanduhrkette, in ihrem Halse hörte.

„One nouit dans le larme! — —" („Eine Nacht in Tränen") begann sie, aber so leise, daß niemand es hörte.

„Lauter!" befahl die vorige Stimme. Darauf nahm sie von neuem einen Ansatz, und in einem Atem und mit schrecklichem englischem Akzente sagte sie: „Je avé grand fort souffert pour mon foâ eu Jiêsou je vole recontrer vos le grand souffrance de moa". („Ich haben sehr stark für meinen Glauben an Jesum gelitten, ich wollen Euch erzählen meine große Schmerz.")

Im Palais-Royal-Theater hätte man wie toll gelacht. Hier sah man sich einander bestürzt an: „Was sagt sie? Auf dem Podium flüsterten Frau Autheman und Anna de Beuil geheimnisvoll. Dann rief die Präsidentin: „Eline Ebsen! — — —" mit einem Winke zu ihr zu kommen. Das junge Mädchen zauderte und sah fragend ihre Mutter an.

„Geh' nur! — —"

Sie gehorchte wie im Traume und begriff, daß man von ihr verlangte, das Bekenntnis, welches Mistreß Watson nun in ihrer Muttersprache ablegen würde, zu gleicher Zeit zu übersetzen. Sie, die wie gelähmt war, wenn zwei Personen neben ihr am Klavier standen, sie sollte hier vor diesen vielen Leuten sprechen! „Sie wird es nicht wagen — —", dachte die Mutter. Dennoch wagte sie es und begann fügsam zu übersetzen, indem sie sogar den Tonbiegungen der Katechumenin folgte, und Frau Ebsen von mütterlicher Eitelkeit beseelt, sah stolz um sich, um den Effekt, welchen ihre Tochter hervorgerufen, überblicken zu können. Ach, die unglückliche Mutter hätte lieber ihr Kind ansehen sollen, dessen Wangen in Fieberglut aufflammten, dessen Augen zuerst unter den hellen Seidenwimpern niedergeschlagen, sich jetzt starr und glänzend öffneten; sie hätte alsdann begriffen, daß diese mystischen Anfälle sich fortpflanzen wie das Nervenfieber, das bisweilen im Hospital eine ganze Reihe Kranker aufs Bett niederwirft, und daß jene verstörte und verblühte Wahnwitzige, die neben Eline stand und sie mit ihren Gebärden, mit ihrem heißen Atem streifte, ihr nach und nach etwas von ihrem ansteckenden Wahnsinn mitteilte.

Dieses „Bekenntnis" der Watson war unheimlich und grausam.

Eines Tages war eines ihrer Kinder vor ihren Augen, fast in ihren Armen, ertrunken; und dieser Tod hatte sie in eine schreckliche Erstarrung des Schmerzes versetzt, aus der sie nichts, niemand herausreißen konnte. Da kam eine Frau zu ihr, welche sagte: „Watson, stehe auf und weine nicht mehr. Was Dir begegnet, ist eine ernste Mahnung des Vaters im Himmel, eine Strafe dafür, daß Du Dein ganzes Herz den irdischen Neigungen zugewendet hast, denn es steht geschrieben: Liebet nicht. Und wenn dieser erste Wink nicht genügt, so wird Dich der Vater im Himmel wieder warnen, er wird Dir Deinen Gatten, die beiden Kinder, welche Dir blieben, nehmen, er wird Dich unaufhörlich strafen, bis Du ihn verstanden hast."

Watson fragte: „Was soll ich tun?"

„— Der Welt entsagen und für den göttlichen Meister arbeiten. Es gibt Tausende von Seelen, welche aus Unwissenheit dem Satan verfallen sind. Gehe hin sie zu befreien, bringe ihnen die Erlösung des Evangeliums. Dies ist der Preis für das Leben der Deinen."

„Ich gehe," — — sagte Watson; und eine Abwesenheit ihres Gatten benutzend — welcher Oberwächter des Leuchtturmes von Cardiff, stets die Hälfte des Monats im Dienste war —, verließ sie ihr Haus in der Nacht, während die Kleinen schliefen. O! diese Nacht des Scheidens, dieses letzte Wachen neben den kleinen Bettchen, die von dem unschuldigen und gleichmäßigen Atem gewiegt schienen, das verzweifelte Anklammern an die kleinen Händchen, an die in der Bewußtlosigkeit des Schlafes und in lieblicher kindlicher Anmut hingegossenen Ärmchen. — — Welcher Abschied! Wie viele Tränen! Sie flossen noch in der Erinnerung daran in den beiden wie von verzehrender Lava vertieften Furchen ihr armes Gesicht herab. — — Aber mit Gottes Hilfe hatte Watson den Sieg über die Versuchungen des bösen Geistes davongetragen. Und jetzt, jetzt ist sie im Einvernehmen mit Jesu, — — jetzt ist sie glücklich, ach! wie glücklich und ihr Herz wallt über vor Freude. — — Watson aus Cardiff ist gerettet, Ehre sei Gott in der Höhe! Gerettet durch die Ehre Gottes in Jesu Christo. — — Und auf den Befehl ihrer Obern wird sie gehen, um

1. Forderungen auf Distanze ohne Zielen.
2. Forderungen auf Distanze mit Zielen.
3. Forderungen auf Barriere.

§ 178. Verboten ist, durch irgend welche Mittel die Kraft der Kugel zu schwächen.

§ 192. Der S. C. hat für die Paukpistolen zu sorgen und zu ihnen eine passende Kugelform und ein Pulvermaß zu stellen.

Es mag sein, daß die Bestimmungen des S. C.-Comments in Einzelheiten inzwischen geändert worden sind, in der Hauptsache bestehen sie gewiß auch heute noch. Wir können also folgendermaßen resumieren:

1. Das Strafgesetzbuch verbietet den Zweikampf und stellt ihn unter Strafe.
2. Trotzdem werden Offiziere gemaßregelt, wenn sie sich dem Zweikampf gegenüber ablehnend verhalten.
3. Es bestehen im Deutschen Reiche zahlreiche Vereine, die nur solche Mitglieder aufnehmen, die dem unbedingten Duellzwang huldigen.
4. Diese Vereine verwahren Säbel und Pistolen, um sie zur Verfügung zu stellen, wenn das Reichsstrafgesetzbuch übertreten werden soll.
5. Für diese Vereine leisten zahlreiche Beamte, Geistliche, Professoren, Richter und Staatsanwälte fortlaufend Beiträge.

Zahlreiche dem Herrn Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten nachgeordnete Instanzen sind unausgesetzt bemüht, in Arbeiterkreisen Vergehen nachweisen zu lassen, die nicht begangen worden sind. Ist der preußische Ministerpräsident und Kanzler des Reichs nicht gesonnen, einmal in den „besseren Kreisen" zugreifen zu lassen, wo die Verhöhnung der Gesetze ganz offen zutage tritt?

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 17. April 1912.

39. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp.

Die Beratung des

Etats des Reichseisenbahnamtes

wird fortgesetzt.

Vogtherr (SD.): Der Abgeordnete Behrens befand sich gestern in einem fundamentalen Irrtum, wenn er glaubte, in der Erklärung des Präsidenten des Reichseisenbahnamtes einen Fortschritt in der Richtung zur reichsgesetzlichen Regelung der Dienstverhältnisse der Angestellten zu erblicken. Das gerade Gegenteil ist der Fall. (Zust. b. d. Soz.) Der Abgeordnete Behrens hat auch auf die uns zugegangene Broschüre über die Elektrisierung der Staatseisenbahnen Bezug genommen. Die Beschränkung des Koalitionsrechtes der staatlichen Eisenbahnarbeiter akzeptiert er als etwas Selbstverständliches, aber in dem Augenblick, wo die Elektrizitätsarbeiter in ein indirektes Verhältnis zu den Eisenbahnen zu treten scheinen, erscheint es ihm als ein Gespenst, daß diese Beschränkung auch auf die Elektrizitätsarbeiter ausgedehnt werden könnte. Das beweist, daß man solchen Dingen gegenüber sich schon vor dem ersten Schritt hüten muß. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man kommt sonst leicht zu einer Ausdehnung der Beschränkung der Koalitionsfreiheit auf alle Betriebe, die in einem direkten oder indirekten Lieferungsverhältnis zu den Eisenbahnen stehen. Die reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit des Personals liegt nach den Erklärungen des Präsidenten des Reichseisenbahnamtes weder im Interesse des Verkehrs, noch im Interesse des Personals. In Wirklichkeit besteht das Bedürfnis nach einer solchen Regelung sowohl im Interesse des Verkehrs als in dem des Personals (sehr richtig! bei den Soz.). Wer unsere Verkehrsverhältnisse so sicher wie möglich gestalten will, muß bemüht sein, die Eisenbahnangestellten vor jeder Überlastung zu bewahren und ihre Arbeitszeit so kurz zu bemessen, daß sie stets ihre volle Aufmerksamkeit dem Betriebe widmen können. Der Präsident meinte, eine Arbeitszeit von sechzehn Stunden, wie sie ziemlich häufig vorkommt, sei in den Betriebsvorschriften nur ausnahmsweise vorgesehen. Meines Erachtens darf sie auch als Ausnahme nicht vorgesehen werden. (Zust. bei d. Soz.) Bei Verfehlungen ist der leidende Teil sowohl das Personal, das zur Verantwortung gezogen wird, als auch das reisende Publikum. Nur 4 bis 5 Proz. des Personals, sagte der Präsident, hat eine Arbeitszeit über 12 Stunden. Das heißt doch, daß 95 bis 96 Proz. eine Arbeitszeit bis zu 12 Stunden hat, und bei einer solchen ist es unmöglich, den Dienst fehlerfrei zu leisten; am allerwenigsten darf in den Betrieben des öffentlichen Verkehrs eine solche Arbeitszeit vorkommen. Die meisten Unfälle, sagte der Präsident, ereignen sich in den ersten vier Dienststunden. In allen anderen Betrieben des öffentlichen Verkehrs macht man die umgekehrte Erfahrung; der Präsident sollte einmal die Berichte der Gewerbeinspektoren einsehen. Ganz generell beobachten sie, daß nicht am Beginn, sondern am Ende der Arbeitszeit die meisten Unfälle sich ereignen, sowohl in den Gewerbebetrieben, wie in denen des Verkehrs. Der Präsident berief sich auf die Ergebnisse seiner Statistik. Jedenfalls ist sie ganz oberflächlich zusammengestellt und umfaßt auch alle diejenigen Betriebsbeamten, bei denen von einer Gefahr und mehr oder minder großer Verantwortlichkeit für das Verkehrsleben nicht die Rede sein kann. Ein einziger Betriebsunfall kann unabsehbares Unglück herbeiführen, ohne daß die Statistik des Herrn Präsidenten dadurch in dem einen oder anderen Sinne beeinflußt wird. Der Präsident erklärte auch, die Gesundheitsverhältnisse des Betriebspersonals seien trotz der langen Arbeitszeit durchaus normal. Er fügte aber vorsichtigerweise hinzu, daß die Lokomotivführer hiervon auszunehmen seien, bei ihnen mache sich eine besonders starke Nervenabspannung geltend. Aber gerade im Eisenbahnverkehr sollte man die Beamten vor solcher übermäßigen Nervenabspannung schützen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es handelt sich nicht bloß dabei um die Verhütung von Eisenbahnunfällen, sondern um den Schutz der Arbeiter und Bediensteten überhaupt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn der Herr Präsident behauptet, die Gesundheit der Eisenbahnangestellten werde durch ihre lange Arbeitszeit nicht geschädigt, so ist das eine Behauptung, die nur am grünen Tisch wachsen kann. Jeder Gewerbeinspektor, jeder schlichte Arbeiter würde uns ins Gesicht lachen, wenn wir so etwas behaupten wollten. Man muß mit der ganzen sozialpolitischen Kurzsichtigkeit des Bureaukraten bewaffnet sein, wenn man nicht dafür das nötige Verständnis besitzt, daß lange Arbeitszeit um so schädigender wirken muß auf den Gemütszustand einer Arbeiterkategorie, bei der es sich nicht bloß um mechanische Handleistungen handelt, sondern die Anspannung ihrer ganzen moralischen und geistigen Kraft notwendig hat, um ihren Dienst in 12- bis 16-stündiger Arbeitszeit zu verrichten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schließlich wollte dann der Präsident des Reichseisenbahnamtes mit der Behauptung, eine Verkürzung der Dienstzeit um eine Stunde würde 45 Millionen kosten, alle diejenigen ins Boxhorn jagen, für die alle sozialen Fragen in erster Reihe Geldfragen sind. Zunächst kommt aber das Interesse des Arbeiterschutzes in Frage, dann die Verkehrssicherheit und erst in letzter Linie die finanzielle Seite. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aus all diesen Gründen ist eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeit des Betriebspersonals dringend notwendig. Dieselbe Interessenlosigkeit, wie in den Fragen der Sozialpolitik, treffen wir beim Reichseisenbahnamt auch in anderen Fragen an. Ich erinnere an die Beseitigung der von den Eisenbahnen geübten Preßzensur, insbesondere gegenüber unserer Presse. Unsere Presse ist ja trotz der Zensur immer größer geworden, aber man sollte meinen, die Eisenbahnbehörden müßten einiges Verständnis dafür haben, wie blamabel es für die gesamten deutschen Zustände ist, daß eine so umfangreiche Presse, wie die sozialdemokratische mit einer Gesamtauflage von mehr als drei Viertel Millionen von dem öffentlichen Vertrieb auf den Eisenbahnen gewaltsam ausgeschlossen wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Interessant ist, daß im Reich sich nicht alle Staaten auf diesen kleinlichen engherzigen widerwärtig lächerlichen Standpunkt stellen, den namentlich die preußische, wie auch andere Verwaltungen der mißliebigen Presse gegenüber einnehmen. In Baden und Bayern ist der Vertrieb der sozialdemokratischen Presse auch auf den Bahnhöfen ohne weiteres gestattet. Die sozialdemokratische Presse hat noch niemals den Versuch gemacht, eine Gleichberechtigung in dieser Beziehung durch Petitionen zu erreichen, weil sie nichts zu petitionieren hat, sondern weil es ein selbstverständliches Recht jedes Presseerzeugnisses in Deutschland ist, verbreitet zu werden wie und wo es wolle, und namentlich an den Stellen, die zum Nationaleigentum des Volkes gehören. Von der Presse zwar betroffen sind außerdem noch „Die Welt am Montag" und natürlich der „Simplicissimus". Der Verkauf der „Welt am Montag" auf Bahnhöfen ist nur zulässig in Hessen und Mecklenburg. (Heiterkeit.) Das Verbot erfolgte ohne jede Begründung. Nach wiederholten Versuchen, die Gründe zu erfahren, begab sich der Verleger zur Eisenbahndirektion Berlin. Dort wurde er an einen vortragenden Rat abgeschoben. Dieser Unglücksmensch hatte eine schwache Stunde und verriet dem Herrn, daß die politische Haltung des Blattes die Veranlassung des Verbotes sei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Vielleicht wenn sie übermorgen ihre politische Haltung ändert, wird sie wieder mit der Zulassung belohnt. Das ist die widerwärtigste politische Korruption, die sich da bei den Eisenbahnverwaltungen zeigt.

Vizepräsident Dove hat sich bei diesen Worten erhoben. Der Redner macht eine Pause und sieht sich unter großer Heiterkeit des Hauses um, als ob er einen Ordnungsruf erwartet.

Vizepräsident Dove: Entnehmen Sie aus meinem Aufstehen die Mahnung, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen.

Vogtherr (fortfahrend): Etwas anders erging es dem „Simplicissimus". Dieser hat sich an die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen gewandt. Diese ist etwas deutlicher geworden und hat erklärt, der „Simplicissimus" bringt häufig Darstellungen in Wort und Bild, die geeignet sind, die bestehende Ordnung und gute Sitte zu gefährden, er eigne sich deshalb nicht zum Verkauf in den Räumen der Eisenbahnen. (Sehr richtig! rechts.) Ihre (nach rechts) Ordnung und gute Sitte wird allerdings durch den „Simplicissimus" kritisiert, bloßgestellt und dadurch in Ihrem Sinne gefährdet. Im übrigen bedeutet der „Simplicissimus" für Hunderttausende geradezu eine literarische Erfrischung (Lachen rechts), wenigstens für diejenigen, die verstehen, was im „Simplicissimus" steht. (Heiterkeit links.) Die anderen stehen natürlich davor — wenigstens außerhalb dieses Hauses — wie die Kuh vorm neuen Tor. (Heiterkeit.) Worauf es ankommt, ist, daß sich die Eisenbahnverwaltungen solch allgemeiner, nichtssagender, oberflächlicher Phrasen bedienen, um Hunderttausende von Reisenden, die ein Interesse daran haben, sich eine Lektüre zu wählen, die ihnen paßt, zu bevormunden. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Nach einer anderen Richtung ist das Feingefühl der Eisenbahnverwaltungen für Sitte und Ordnung oder Anstand durchaus nicht so ausgebildet. Noch bis vor einem Jahre wurde auf den Bahnhofsbuchhandlungen jene schändliche Sherlock-Holmes- und Nic-Carter-Literatur verbreitet. Auch die „Wahrheit" ist eins der Preßerzeugnisse, das sich auf den Bahnhöfen eines ganz besonderen Absatzes erfreut. Mein Urteil über die „Wahrheit" ist das eines jeden anständigen Menschen. Ich will nur hier auf das Urteil hinweisen, das der frühere antisemitische Abgeordnete Bindewald im vorigen Jahre über die „Wahrheit" gefällt hat. Er sagte: „Wenn man glaubt, das Recht zu haben, rein politische Blätter zu unterdrücken, so müßte man doch mit ganz anderer Schärfe gegen die sogenannte Revolverpresse, die Erpresserzeitungen vorgehen." Als ihm zugerufen wurde: Die „Wahrheit"? fuhr er fort: „Ich habe keine Zeitungen genannt, da sie in der Öffentlichkeit genügend gebrandmarkt sind." Diese Presse, die ihr gemeines Geschäft damit verdeckt, daß sie auf der ersten Seite einen nationalen Leitartikel verzapft, der allerdings meist aus einer sehr mäßigen Feder stammt, dürfte ebensowenig, wie jene andere vorher gegeißelte Literatur auf den Bahnhöfen verkauft werden. Alle anständigen Leute im Deutschen Reiche sind sich darin einig, daß keine Presse gemeiner und verwerflicher, nichtswürdiger und entsittlichender im deutschen Volke gearbeitet hat, als gerade diese Revolverpresse." Wir verlangen im Namen der Gerechtigkeit, daß man auf den Eisenbahnen überhaupt keine Preßzensur übt. Nachdem die Präventivzensur glücklich überwunden ist, wollen wir es uns nicht länger gefallen lassen, daß man auf diesem Umwege eine solche Zensur übt, die des deutschen Volkes nicht mehr würdig ist. Wir glauben im Namen der weitaus größten Mehrheit des Volkes zu sprechen, wenn wir die Beseitigung dieser schmählichen Bevormundung erwachsener Menschen verlangen. (Bravo! bei den Soz.)

List (NL.): Es ist zu bedauern, daß der preußische Eisenbahnminister sich dem Gedanken der Eisenbahngemeinschaft gegenüber ablehnend verhält, obwohl die Schrift des Herrn Kirchhoff einen gangbaren Weg gezeigt hat. Er meinte, der heutige Zustand lasse die Forderungen der Reichsverfassung weit hinter sich; in Wahrheit ist der Einheitsgedanke im deutschen Eisenbahnwesen noch sehr wenig zur Geltung gekommen. Wir Süddeutschen wollen unsere Finanzen sicher nicht auf Kosten Preußens verbessern. Bismarck hat den Einheitsgedanken auch auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens fördern wollen. Zu dieser Politik möge Preußen jetzt zurückkehren, und die Führung in dieser großen und wichtigen nationalen Frage übernehmen. (Bravo! bei den Natl.)

Gothein (FVp.): Das Reichseisenbahnamt hat die Verpflichtung, für genügende Schutzeinrichtungen bei Eisenbahnübergängen zu sorgen.

von Böhlendorff-Kölpin (K.): Die völlige Elektrisierung der Eisenbahnen werden wir alle wohl nicht erleben. Wir warnen davor, daß durch das Überhandnehmen der Überlandzentralen und die Monopolbestrebungen der Großbetriebe das neu entstandene Installationsgewerbe vernichtet wird. (Zustimmung rechts.) Sehr befremdet hat uns die Äußerung des Präsidenten des Reichseisenbahnamtes bezüglich der Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich. Sie darf niemals mehr angestrebt werden (Hört, hört! links),

---

zu lobsingen und zu predigen, um die Liebe zum Heiland zu verkündigen, sei es auch auf dem Gipfel des höchsten Berges.

Schrecklich war der Kontrast zwischen dieser personifizierten Verzweiflung mit den ausgebrannten, zuckenden Zügen und dem mystischen Hosiannah, das in einem säuselnden und lispelnden Englisch — delicious, very delicious, — gen Himmel zu fliegen versuchte, gleich dem armen verwundeten Vogel, welcher mit blutenden Flügeln sein Todeslied singen würde. Als das Bekenntnis beendet war, blieb sie auf derselben Stelle stehen, unbewußt, gefühllos, die erstarrten Lippen zu einem Gebete bewegend, welches man nicht verstand.

„Führt sie fort", — — befahl Frau Aurheman, und Orgel und Chor stimmten in dem Geräusch des wieder erwachten Saales das Lied an:

Sünder fliehet die Torheit;
Wendet Eure Schritte gen Kanaan.

In der Tat schienen alle Eile zu haben aus dieser erstickenden wahnwitzigen Atmosphäre zu entfliehen. Am Ausgange atmete jeder tief auf, die Auger aller waren erstaunt die geräuschvollen Trottoire wiederzusehen, und das Gedränge um die Pferdebahnwagen und Omnibusse, und die Avenuen, fast versperrt durch die Wagen, welche bei diesem schönen sommerlichen Sonntagsabende nach dem Bois fuhren, und die großen elektrischen Strahlen, welche vom Arc-de-Triomphe aus leuchteten, die Pferde blendeten und die Theaterzettel und Geschäftsankündigungen wie am hellen Tage erglänzen ließen.

Während Frau Ebsen noch ganz erregt von dem Erfolge ihres Kindes und den Komplimenten, welche die Präsidentin ihr gemacht hatte, es versuchte, trotz des Rasselns der Räder und des Stoßens des Omnibusses auf dem ungleichen Pflaster mit Eline ein Gespräch anzufangen, antwortete das junge Mädchen, welches im Hintergrunde saß, kaum zehn Worte während der langen Fahrt von den Ternes bis zum Luxembourg.

„Wahrlich, Lina, das war prächtig aus dem Stegreif übersetzt! — Leire wäre stolz gewesen, wenn er Dich gesehen hätte . . . aber wie heiß es war! — Was meinst Du, diese Watson? — Es ist doch schrecklich, was sie da getan hat. — — Ihren Gatten, ihre Kinder — — —. Sage mir, hälst Du es für möglich, daß Gott so etwas befiehlt? — —"

In dem Tone ihrer Stimme lag alles, was sie nicht auszusprechen wagte, namentlich wie ungereimt, wie grausam ihr die ganze Feierlichkeit erschienen war, sogar das: „Dummheiten sind dies alles", womit sie gerne geschlossen haben würde, wenn sie nicht die verschlossene Miene ihrer Tochter, mit welcher sie sich nicht im Einverständnis wie gewöhnlich fühlte, bemerkt hätte. Instinktiv rückte sie näher zu ihr und suchte nach der Hand ihres Kindes, die sich kalt und schwer anfühlte.

„Was ist Dir, geliebtes Kind? — Du bist eisig kalt — ziehe doch das Fenster auf!"

„Nein, nein, laß nur," — — sagte Eline leise, und zum erstenmal etwas gereizt über die zwecklosen Worte, über das liebevolle Gerede ihrer Mutter. Auch war ihr diese Omnibusfahrt am Sonntage zuwider. Alle diese Leute, welche einen bei dem Ein- und Aussteigen jedesmal anstoßen, dann die gemeinen Gesichter dieser im Dunkeln nur halb erkennbaren Mitfahrenden, die sich breit machten und doch so viel leeren Raum ließen. — — Auf den Spiegelrahmen gestützt, suchte sie sich zu isolieren, ihrer inneren Erregung von vorhin wieder habhaft zu werden. Aber wie erschien ihr heute abend Paris, dieses Paris, wo sie nur zufällig geboren worden, und welches sie wie eine wahre Heimat liebte?

Es wimmelte in einer drückenden Atmosphäre übelriechender Gossen von Menschen; alles schien ihr erfüllt von dem lärmenden Gesange Betrunkener, vom Schreien hungernder Kinder, von dem Geklatsche der Frauen vor den Haustüren. Dann kamen die eleganteren Stadtteile und ihr Luxus, die bis auf den Straßendamm überfüllten Cafehäuser, diese Männer, diese Frauen, dieses Hin und Her bei dem matten Schein des Gaslichtes machten auf sie einen noch traurigeren Eindruck. Es kam ihr wie ein Maskenball vor, dessen Musik man nicht hörte, wie ein Schwarm toller Mücken, welcher in der Sonne um den Baum des Todes wirbelten. — O! welch schöne Seelenernte! Wie erhebend müßte es sein, allen diesen im Vergnügen Schwelgenden den Heiland zu zeigen. Und bei diesem Gedanken empfand sie, wie dort auf dem Podium, etwas, das sie innerlich tröstete und ihre Seele sanft und doch so mächtig erhob.

Es regnete jetzt; ein wahrer Äquinoktialregen, welcher über die Boulevards fegte, die Verkehrsbureaus, die Toreinfahrten mit bestürzten Leuten füllte, die gleich ertrunkenen Ameisen in dem Wasser herumpatschten.

Frau Ebsen schlief eingewiegt von dem Wagen, ihr gutes Gesicht auf den Hutbändern ruhend. Eline dachte an den kurzen Erdenweg ihres egoistischen Lebens. Hatte sie wohl ein Recht dazu, die anderen zu verachten? Was tat sie mehr oder Besseres? Wie war doch das gute, welches sie zu tun versuchte, so wenig und kindisch! . . . Verlangte Gott nicht viel mehr? Und wenn sie ihn nun durch so viel Trägheit und Gleichgültigkeit erzürnte? Schon jetzt hatte er sie gewarnt wie die Watson, indem er ihr plötzlich die Großmutter entriß, ohne der armen Frau Zeit zu lassen, zu Jesum zurückzukehren. Wenn er sie mit einem neuen herzbrechenden Schlage strafte. — — — Ihre Mutter! — Wenn ihre Mutter nun ebenfalls plötzlich stürbe; . . .

Dieser Gedanke quälte sie die ganze Nacht über. Der Eindruck jenes Abends wuchs und drang immer tiefer in ihr Innerstes anstatt sich im Laufe der Zeit und bei ihrem tätigen Leben zu verwischen; er befiel sie sogar während ihren Unterrichtsstunden in jenen befreundeten reichen Häusern, wo sie den Kindern deutschen und englischen Unterricht gab, deren Mütter einst Frau Ebsens Schülerinnen gewesen waren. Trotz des überall wohlwollenden Empfanges und trotz der Annehmlichkeiten des Komforts, welche so recht zu ihrer zarten Natur paßten, langweilte sich Eline jetzt an dem Arbeitstische, um den die kleinen frisierten blonden Köpfchen mit großen englischen Kragen und rotgestickten Jerseys herumsaßen. Die Fragen, mit denen sie die Kinder unterbrachen, die ganze Unruhe dieser kleinen Welt machte sie jetzt nervös und wie Henriette Briß kam sie dahin, ihre Beschäftigung verdummend zu finden, zu gering für die Kraft, welche sie in sich fühlte. Und die Eltern erst! . . . . Wie plump und unbedeutend waren doch diese Männer! — Was für Nippfächelchen diese Frauen!

(Fortsetzung folgt.)

weil sonst das finanzielle Rückgrat der Einzelstaaten aufs schwerste geschädigt wird. Protest erheben muß ich dagegen, daß der Abg. Ulrich gestern den preußisch-hessischen Eisenbahnvertrag als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet hat.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp: Die Elektrisierung der Eisenbahnen wird nur im Einverständnis mit der Heeresverwaltung vorgenommen. Der Abg. Vogtherr hat mich mißverstanden, 4 bis 5 Prozent des Betriebspersonals hat eine mehr als zwölfstündige Arbeitszeit, aber die anderen keineswegs eine zwölfstündige, eine elf- bis zwölfstündige haben nur 18,62 Prozent. Dem Vorredner bemerke ich, daß mir eine Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich zurzeit unerreichbar scheint, für erreichbar halte ich das Zustandekommen weiterer Sonderabkommen inzwischen den Einzelstaaten.

Blos (SD.): Durch die preußische Verkehrspolitik ist die Bedeutung von Braunschweig sehr herabgedrückt. Braunschweig ist vom Durchgangsverkehr völlig ausgeschaltet. Mehrere Geschäftshäuser haben infolgedessen ihren Sitz aus Braunschweig verlegt, wodurch die Arbeiterschaft, und namentlich auch der Mittelstand schwer geschädigt sind — eine eigenartige Mittelstandspolitik der preußischen Eisenbahnverwaltung. Alle Eingaben der Braunschweiger Handelskammer haben nichts genutzt, man behandelt sie geradezu wie ein Revolutionskomitee. (Heiterkeit) Der Nestor der deutschen Bahnhöfe, der Braunschweiger Bahnhof, paßt in den modernen Verkehr nicht mehr hinein. Das Reichseisenbahnamt sollte sich darum kümmern, daß bei seinem Neubau der gesamte braunschweigische Verkehr auf eine andere Grundlage gestellt wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Haas (Vp.) tritt nochmals entschieden für die Schaffung eines einheitlichen deutschen Reichseisenbahnwesens ein.

Werner (A): Auf die nicht genügende Ruhezeit der Lokomotivführer ist die frühe Invalidität dieses wichtigen Personals und sind die Eisenbahnunfälle zurückzuführen.

Reißhaus (SD.): Wir unterstützen alle Bestrebungen auf Verstärkung des Einflusses des Reichseisenbahnamtes. Sehr bedauerlich ist die Erklärung des Herrn Präsidenten in der Frage der Arbeitszeit. Die Wirkung solcher Erklärungen auf die einzelnen Eisenbahnverwaltungen bleibt nicht aus. Vor allem sollte das Reichseisenbahnamt sein Augenmerk auf die Zustände in der vierten Wagenklasse richten. Diese bringt einen Überschuß von 97 Millionen, während die 1. und 2. Klasse ungeheuren Zuschuß erfordert. Daher müssen wir Sitzgelegenheit für die Fahrgäste 4. Klasse verlangen, bessere Beleuchtung und Maßregeln gegen die Überfüllung dieser Klasse. Noch immer kommt es vor, daß Viehwagen zur Beförderung von Personen benutzt werden. Der Eisenbahnbau in Thüringen ist ja etwas gefördert worden, aber noch lange nicht entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen. Das Wagenmaterial ist ganz vorsintflutlich, das Reichseisenbahnamt sollte endlich den berechtigten Wünschen der thüringischen Kleinstaaten entgegenkommen. (Bravo b. d. Soz.)

Dr. Müller-Meiningen (Vp.) wünscht Fahrpreisermäßigungen für die Wanderfahrten der Jugendvereine.

Abg. Haenzahl (Soz.): Der Präsident des Reichseisenbahnamtes wies gestern darauf hin, daß noch von keiner Seite eine Revision der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft beantragt worden sei. Es ist in der Tat auffallend und bedauerlich, daß sich die hessische Regierung immer noch der Tatsache verschließt, daß die Wirkungen des Vertrages für Hessen geradezu verheerend sind. Hoffentlich gelangt die hessische Regierung bald zu der Erkenntnis, von der das hessische Volk durchdrungen ist, daß eine Revision dieses Vertrages anzustreben ist. — Die Bahnunterhaltungsarbeiter bekommen bei 10stündiger Arbeitszeit 2,60 bis 2,70 Mk. (Hört! Hört! bei den Soz.), auch die Löhne des Fahrpersonals und der Werkstättenarbeiter sind dringend aufbesserungsbedürftig. Besonders verwerflich ist, daß noch Frauen zur Nachtarbeit verwendet werden. Die Eisenbahnverwaltung Mainz hat in einem Erlaß die Eisenbahnbediensteten angewiesen, sich auch außerhalb des Dienstes von sozialdemokratischen Bestrebungen fern zu halten. Selbst der Besuch sozialdemokratischer Wählerversammlungen ist ihnen verboten. Das ist Terrorismus schlimmster Art. (Sehr richtig bei den Soz.). Die Verwaltung befindet sich aber sehr auf dem Holzwege, wenn sie glaubt, durch solche Maßnahmen die Eisenbahner von der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel abzuhalten. (Bravo bei den Soz.).

Präsident Wackerzapp: Die Verhandlungen über den Neubau des Bahnhofes Braunschweig sind noch nicht abgeschlossen. Daß Fälle von zu großer dienstlicher Inanspruchnahme vorkommen können, bestreite ich nicht, aber zur Beseitigung solcher Ausnahmen bedarf es nicht der gesetzlichen Regelung.

Vogtherr (SD.): Aus den Zahlen des Präsidenten geht hervor, daß 22 Prozent des Betriebspersonals eine 10 bis 16stündige Arbeitszeit haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Eine Verringerung der Betriebsgefahr erwartet der Präsident nicht von einer Verkürzung der Arbeitszeit, sondern lediglich von der verständigen Arbeit der Verwaltung. Nach den bisherigen Erfahrungen können wir aber eine solche verständige Arbeit nicht erwarten. (Bravo! bei den Soz.)

Die Diskussion schließt. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Die vorliegenden Anträge werden angenommen.

Etat des Reichsjustizamts.

Zum Titel „Staatssekretär" liegt eine Resolution Brandys (Pole) und Gen. vor, die Vorlegung eines Gesetzentwurfes wünscht, wonach Geschworene und Schöffen neben eventuellen Reisekosten Tagegelder erhalten.

Stadthagen (Soz.): Es besteht Übereinstimmung bei allen Parteien, daß ein Teil der Novelle zum Strafgesetzbuch schleunigst verabschiedet werden muß, der sich auf die Herabsetzung der drakonischen Strafen für geringfügige Entwendungen bezieht. In Essen wurden in letzter Zeit 2 Schulmädchen wegen Entwendung kleiner Kohlenstücke von den Steinhalden zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, die Mutter wegen Hehlerei zu 5 Monaten Gefängnis, der Vater gar zu 1 Jahr Zuchthaus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wegen 10 Pfg. sogenannten Eisenbahnbetruges wurde in M.-Gladbach auf 6 Monate Gefängnis erkannt. (Hört, hört! bei den Soz.) Um solche unnützen Pfennigklagen zu vermeiden, ist eine Milderung des Gesetzes notwendig; besonders zu verurteilen ist aber, daß die Justizbehörde vollständig versagt, wenn es sich um wirkliche Straftaten handelt, die nicht von Arbeitern begangen wurden. Ich erinnere an das Verbrechen des Duells, bei dem der Betreffende zum Ausdruck bringt, daß er jederzeit bereit ist, das Verbrechen wieder zu begehen. Aber vorgegangen wird gegen die, die sich weigern, die strafbare Handlung des Duells zu begehen. Man muß gegen den Stand als solchen vorgehen, der sich bereit erklärt, strafbare Handlungen immer wieder zu begehen, die Mitglieder eines solchen Standes müssen für unfähig erklärt werden, irgendwelche öffentliche Stellung einzunehmen. Bei Arbeitern hat man wegen Handlungen, die überhaupt nicht strafbar sind, den Erpressungsparagraphen angewendet. Das wäre am Platze gegenüber denen, die das Duell mit der Drohung der Ausschließung aus dem Stande erpressen wollen. Wenn so ein Stand, solch bandenmäßiges Komplott, besteht, so muß man gegen diese Bande vorgehen und ihre Mitglieder für ungeeignet erklären, Beamte zu sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dringend notwendig ist ferner eine Änderung der Bestimmungen über die Untersuchungshaft. In Lichtenberg hat vor kurzem ein Raubmord stattgefunden und ein Gewerkschaftssekretär Schauel wurde verhaftet, gegen den nichts weiter vorlag, als daß er Sozialdemokrat ist. Die Notwut der Beamten, auch solcher, die sich nicht weit vom Ministerium befinden, hatte dazu geführt. In der sogenannten Ordnungspresse erschienen dann Artikel mit der Überschrift „ein Sozialdemokrat als Raubmörder" (Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe vor Jahren eine Statistik erbeten, aus der hervorgeht, wie viel Leute aus der Untersuchungshaft als unschuldig Verhaftete entlassen werden müssen. Während hier so schroff vorgegangen wird gegen Schuldlose, ist der Totschlag oder Mord des Arbeiters Herrmann noch immer nicht gesühnt. Gegen die schuldigen Beamten wurde erst eingeschritten, nachdem gegen eine Reihe Unschuldiger, die den sogenannten Moabiter Krawall veranlaßt haben sollten, vorgegangen war. Über 100 Beamte sind vom Polizeipräsidenten vernommen worden und haben alle erklärt, sie sind es nicht gewesen und wissen nicht, wer es sei. Dasselbe haben sie vor dem Richter erklärt. In einem geordneten Rechts- und Polizeistaat soll es nicht möglich sein, festzustellen, wer zu einer bestimmten Zeit von den Polizeibeamten an der betreffenden Stelle gestanden hat? Wieso kann man das feststellen, wenn es sich um einen Prozeß gegen Arbeiter handelt? Hier, wo es sich um die Sühne für den Tod eines Arbeiters handelt, ist die Staatsanwaltschaft, die ganze Strafjustiz ohnmächtig. (Zurufe b. d. Soz.: Sie wollen nicht!) Das darf ich nicht sagen. (Zurufe b. d. Soz.: Dann sagen wir es!) Ich muß annehmen, daß hier organische Krankheiten im Justizkörper selbst vorliegen, wo der Wille der Betreffenden ausgeschlossen ist. Von bestimmter Seite wird behauptet, daß unter den inzwischen nach Brasilien ausgewanderten Beamten die Betreffenden seien. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn in Berlin bei einem Totschlag in einer Gegend, wo zu Hunderten Polizei zusammengezogen ist, die Totschläger nicht festgestellt werden können, muß etwas faul sein in der ganzen Organisation. Daher muß der Polizei die Möglichkeit genommen werden, in dieser Art einzugreifen, und die Verantwortlichkeit des obersten Beamten muß korrespondieren mit seiner außerordentlichen Machtvollkommenheit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Polizeipräsident ist geblendet durch den Gedanken, ein Polizeibeamter kann nichts Strafbares begehen; bei einem Arbeiter dagegen besteht stets der Verdacht einer strafbaren Handlung. Weiter muß verlangt werden, daß die Unabhängigkeit der Richter geachtet wird, daß sie nicht einem politischen Druck unterliegen. Gerade bei einem Richter soll man am wenigsten einen Druck auf die politische Gesinnung ausüben; denn das heißt, ihn für charakterlos und mannesunwürdig erklären. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Aus unseren Anträgen zur Strafprozeßordnung sollte deshalb der Staatssekretär diejenigen herausnehmen, die sich hierauf beziehen, und sie als besondere Novelle hier einbringen. Bei Richtern, die in solcher Drangsalierung leben, muß sich eine ganz weltfremde Anschauung ausbilden. Nur so ist es zu verstehen, daß eine Zusendung sozialdemokratischer Flugblätter an Beamte von einem Gericht als Beleidigung erachtet wurde. Gerade in solchen Abwehrbewegungen zeigt sich die Angst, die immer an den berühmten Ochsen erinnert, der von Pythagoras bei Erfindung seines Lehrsatzes geopfert wurde und dessen Nachkommen nun annehmen (Gr. Heiterkeit rechts. Zurufe) jede neue Wahrheit erfordere das Opfer von Ochsen. Verstöße gegen die Reichsverfassung mehren sich in Preußen ganz ungemein. Auch das Gesetz über die Ausdehnung der Armenpflege und ihre Anwendung auf Arbeitsscheue ist ein solcher Verstoß. In den neunziger Jahren ist diese Materie durch Reichsgesetz geregelt, und wir haben es ausdrücklich abgelehnt, Arbeitshaus gegen solche Leute zu erkennen, welche der Unterhaltungspflicht gegen die Ihrigen nicht nachkommen. Deshalb hat kein Einzelstaat das Recht dazu, und würde das Gesetz in Preußen zehnmal verabschiedet, so würde der Beamte, der es anwendet, doch ins Zuchthaus gehören wegen Mißbrauch der Amtsgewalt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Redner führt eine Fülle von Fällen unserer Klassenjustiz an. Wie steht es demgegenüber mit den Bestrafungen streikender Bergleute im Ruhrrevier? Die Klassenjustiz steht ja überall in Blüte, wo Arbeiter um Erringung besserer Lohnbedingungen kämpfen und dabei wegen geringer Vergehen angeklagt werden. Die Richter zeigen in solchen Fällen ein Übermaß von Unkenntnis der sozialen Verhältnisse. Die Ehre der Streikbrecher taxiert man höher als nach dem Strafgesetzbuch die Ehre des Königs taxiert wird. Hunderte von Arbeitern werden jetzt im Ruhrrevier mit kolossaler Schnelligkeit unter Außerkraftsetzung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung abgeurteilt, während der Mörder des Arbeiters Herrmann und Fürst Eulenburg noch auf ihren Prozeß harren. Man hat die Untersuchungshaft angewandt, wo gar kein Fluchtverdacht vorlag. Die Staatsanwälte und Richter des Ruhrreviers haben offenbar die Streikenden den Landstreichern gleichgestellt, bei denen nach dem Gesetz immer Fluchtverdacht als vorliegend angenommen wird. Durch gewisse Fristen soll den Angeklagten die Möglichkeit gegeben werden, für ihre Verteidigung zu sorgen; da hat man nun, wie es heißt, auf höhere Anordnung (Hört, hört! b. d. Soz.) den Angeklagten einen Revers vorgelegt, wodurch sie auf die Innehaltung der Ladungsfristen verzichten. Das ist der deutschen Justiz unwürdig, das kommt der Erpressung gleich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf die zum Schutze des Angeklagten gegebenen Fristen kann garnicht rechtskräftig verzichtet werden; dringend ist nötig, daß hierin eingeschritten wird. Die Klassenjustiz ist geradezu zur Parole erhoben, und die Unternehmer jubeln den drakonischen Strafen gegen Arbeiter zu. Die Streikbrecher sind zum Teil Leute, die zusammengesucht werden aus dem Auswurf der Menschheit. Wie Hintze gesagt hat, Leute, die Gelegenheit haben sollen, mal loszukeilen. In dieser Sucht, strafbare Handlungen zu begehen, ähneln sie allerdings den Duellanhängern. (Sehr gut! bei den Soz.) Eine Frau wurde verurteilt, obgleich der Gendarm aussagte, er habe das Pfui nicht gehört, aber der Oberkörper der Frau habe gezuckt. (Heiterkeit.) Daraus schloß das Gericht, es müsse dem Munde der Frau ein Pfui entflohen sein. Über 500 solcher Klassenurteile sind bereits gefällt worden. Ein Streikbrecher trug einen Revolver bei sich, der ihm von 3 Streikenden weggenommen wurde. Die Streikenden wurden angeklagt wegen Nötigung, sie wollten ihn nötigen, sie nicht tot zu schießen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Sie wurden zu 1 und 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Erkennt die Regierung nicht, wie aufpeitschend diese Justiz auch auf den Ruhigsten wirken muß? Diese Justiz kennt ja nur zwei Nationen, die der Zechenbesitzer und Besitzenden und die der Unterdrückten, der Arbeiter. Anders kann es erst werden, wenn unabhängige Richter vorhanden sind, die aus dem Volke und vom Volke gewählt werden. Die Regierung möge bedenken, wer Wind sät, wird Sturm ernten. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt, vorher Jesuiteninterpellation der Nationalliberalen und Wahlprüfungen, darunter die des Abg. Becker (NL.)

Schluß 7½ Uhr.

Aus der Partei.

Frau Roland-Holst aus der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgetreten. Die bekannte hervorragende Schriftstellerin Frau Henriette Roland-Holst ist aus der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgetreten. Frau Roland-Holst gehörte zu jenen Marxisten, die, als es vor einigen Jahren zur Spaltung im holländischen Sozialismus kam, an der Gründung der neuen (marxistischen) Sozialdemokratischen Partei nicht teilnahmen, sondern in der (alten) Arbeiterpartei blieben, selbstverständlich unter dem Vorbehalt, ihrer in Fragen der Taktik 2c. abweichenden Ansicht Ausdruck geben zu können, wozu der Genossin Roland-Holst das als Beilage zu dem revisionistischen Zentralorgan auf Beschluß des Parteitages erscheinende Wochenblatt Gelegenheit gab. Sie wollte durch prinzipielle Aufsätze der Sache des Sozialismus dienen und meinte, das könnte innerhalb der alten Organisation eine Wandlung herbeiführen. Nun hat Genossin Roland-Holst ihren Austritt erklärt, weil der Leydener Parteitag die Haltung des Parteivorstandes beim Amsterdamer Transportarbeiterstreik mit großer Mehrheit billigte. Diese Haltung war ablehnend, und zwar mit der Motivierung, daß die syndikalistischen Methoden bei dem Streik eine Unterstützung nicht zuließen. Frau Roland-Holst war aber für Unterstützung des Streiks eingetreten.

Gewerkschaftsbewegung.

Gescheiterte Einigungsverhandlungen. Der sächsische Minister des Innern verhandelte am Mittwoch mit den Grubenbesitzern aus dem Oelsnitz-Lugauer Streikgebiet. Die Unternehmer lehnten jedes Entgegenkommen ab; dagegen gaben sie das völlig wertlose Versprechen, bei steigender Konjunktur eine Revision der Löhne vorzunehmen. Die streikenden Grubenarbeiter werden zu diesem Ausgang der Vermittlungsaktion demnächst Stellung nehmen.

Lohnbewegung der Schuhmacher in Barmen. Vor einiger Zeit reichten die organisierten Schuhmacher in Barmen an die Unternehmer Lohnforderungen ein. Trotzdem die Löhne erbärmlich schlecht sind und seit 6 Jahren keine Erhöhung mehr stattgefunden hat, lehnte die Schuhmacher-Innung mit 27 gegen 16 Stimmen die Bewilligung jeglicher Erhöhung ab. In einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung nahmen die Gehilfen zu diesem, jedem sozialen Empfinden Hohn sprechenden Entscheid Stellung und beschlossen einstimmig, am Dienstag, dem 16. April die Kündigung einzureichen, um durch einen Lohnkampf ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Beschwerde des polnischen Bergarbeiterverbandes an die Kirchenbehörde. Wie polnische Blätter berichten, wird der polnische Berufsverband der Bergarbeiter gegen diejenigen Geistlichen, die die Bergarbeiter vor dem Streik warnten und sie vom Streiken abzuhalten suchten, dann aber später zur Wiederaufnahme der Arbeit ermahnten, Beschwerde bei der geistlichen Behörde erheben.

Die Katastrophe der „Titanic".

Nun liegt der Koloß, ein gebrochener Titan, mit seinen mächtigen Maschinen, seinem Luxus, dem Gartenrestaurant, Schwimmbad, Turnhalle, Rollschuhbahn, Tanz- und Theatersaal und all dem Reichtum auf dem Meeresgrund. Doch was will alles das besagen gegen die Menschenleben, die mit dem Koloß vernichtet wurden. 1500 Menschen sind der Katastrophe zum Opfer gefallen. Wie konnte es kommen, so fragt man sich, daß ein solcher „Titan", von dem der Kapitän noch behauptet hatte, er könne überhaupt nicht sinken, wie konnte es kommen, daß ein solches Schiff innerhalb weniger Stunden unterging, und wie kommt es, daß von 2353 Menschen nur 868 gerettet wurden, obgleich die „Titanic" erst vier Stunden nach der Kollision mit dem Eisberg gesunken ist?

So widerspruchsvoll auch die vielen Meldungen in belanglosen Einzelheiten sein mögen, eins drängt sich aus ihnen mit immer klarer werdender Deutlichkeit auf, daß nämlich auf der „Titanic" nicht alles getan sein kann, die furchtbare Katastrophe zu verhindern. Gewißheit wird man vielleicht erst erlangen, wenn die Geretteten mit der „Carphatia" in Neuyork eingetroffen sind, doch was jetzt schon bekannt geworden ist, fordert zur schärfsten Kritik heraus.

Es hat nach allem, was wir gestern mitgeteilt haben, den Anschein, als ob die gewissenlose Rekordjagd zwischen den einzelnen Dampferlinien den Untergang der „Titanic" mit verschuldet hat. Es wurde selbst die Bahn der Eisbergflotte mit rasender Eile durchquert. Es wird zwar behauptet, daß die „Titanic" das Eisfeld in einer Breite traf, wo sich solches um diese Jahreszeit selten zu zeigen pflegt. Indessen haben andere Schiffe ganz kurze Zeit vorher den Kurs des schwimmenden Eisfeldes durch drahtlose Depeschen, die sicher auch von der „Titanic" aufgefangen wurden, nach Europa und Amerika gemeldet. So der französische Dampfer „Niagara", der sich am Mittwoch abend ganz nahe der Stelle befand, wo die „Titanic" gesunken ist. „Niagara" stieß dort so stark gegen einen Eisberg, daß der Kommandant drahtlose Notsignale absandte. Es herrschte dichter Nebel. Das Schiff, das mit verminderter Schnelligkeit lief, stieß zuerst mehrmals gegen kleinere Eisschollen, als plötzlich ein heftiger Stoß verspürt wurde. Die Passagiere, die gerade dinierten, stürzten zu Boden. Schüsseln und Gläser wurden durch die Wucht des Anpralles im Speisesaal durcheinander geschleudert und zerbrachen. Angsterfüllt eilten die Passagiere an Deck. Der Kommandant stellte sofort eine Untersuchung an und sandte drahtlos die Meldung ab, daß das Schiff mit eigener Kraft Neuyork erreichen könne, und wenn Kapitän Smith von der Kollision des „Niagara" mit dem Eisberg auch nichts erfahren haben sollte, was indessen kaum anzunehmen ist, und wenn er auch das Sinken der Temperatur, das den Eisberg anzeigte, nicht wahrnahm, so wurde er doch durch den französischen Dampfer „Touraine" vor den Eisbergen gewarnt.

Die „Touraine", die am Montag in Havre einlief, berichtet, daß sie in den Breiten von Neufundland zahlreiche Eisberge bemerkte und radiotelegraphische Warnungen aussandte. Diese Warnung wurde am Freitag, 12. April, von der „Titanic" aufgenommen, mit der die „Touraine" den ganzen Nachmittag dieses Tages in Berührung blieb. Der Kapitän der „Touraine" gab dem Kapitän der „Titanic" die Position der Eisberge an. Der Kapitän der „Titanic" dankte herzlichst und setzte seine Reise fort, um dann am Sonntag abend mit der „Titanic" an denselben Eisbergen zu zerschellen. So wurde der Rekordfahrt frühzeitig ein Ziel gesetzt, der Fahrt, von der die „Daily News" erklärt, daß sie die beste Leistung der „Olympic" geschlagen haben würde, wenn die „Titanic" die Fahrt mit derselben Geschwindigkeit wie bis zum Augenblick des Zusammenstoßes bis nach Neuyork behalten hätte. Wie furchtbar der Anprall mit dem Eisberg gewesen sein muß, läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß die „Titanic", im Gesamtgewicht von etwa 60 Millionen Kilogramm, sich mit einer Geschwindigkeit von

rund zehn Metern pro Sekunde vorwärtsbewegte, die lebendige Kraft also, die dem so bewegten Koloß innewohnte, 300 Millionen Sekundenmeterkilogramm beträgt. Und diese Kraft muß bis zu dem Punkt, an welchem das Schiff bei der Kollision zum Stillstand gebracht worden ist, vernichtet werden. Zieht man das alles in Betracht, so läßt es sich schließlich begreifen, daß der Stoß der „Titanic" tödlich wurde.

Eins aber läßt sich nicht begreifen, daß nicht mehr Menschen gerettet sind. Die White-Star-Gesellschaft teilte mit, daß die Rettungsboote an Bord der „Titanic" für die doppelte Zahl von Passagieren berechnet seien, der Dampfer aber garnicht einmal voll besetzt gewesen sei; man müsse daher fürchten, daß die meisten der Rettungsboote beim Versinken der „Titanic" mit in den Grund gezogen wurden. Das klingt nicht sehr wahrscheinlich. In vier Stunden hat man doch sicher alle Boote zu Wasser lassen können. Viel wahrscheinlicher klingt eine Meldung aus Neuyork, daß die „Titanic", als Schwesterschiff der „Olimpic", wie diese nur für ein Drittel aller an Bord befindlichen Personen Raum in den Rettungsbooten hatte; denn ein Drittel ist ja auch nur gerettet worden. Keiner von den Dampfern, die die drahtlosen Hilferufe vernahmen, ist rechtzeitig an der Unglücksstelle eingetroffen. Die „Carpathia" ist zuerst eingetroffen und hat nur mehr die Rettungsboote mit den Überlebenden vorgefunden, welche auf dem 21 Meilen weiten Eisfeld zerstreut waren. Angesichts des starken Eisganges konnte die „Carpathia" die Überlebenden erst nach Stunden aufnehmen. Die Mehrzahl der Überlebenden war notdürftig bekleidet. Die Boote trieben in der größten Kälte und im Sturm stundenlang umher, bis sie von der „Carpathia" gesichtet wurden. Die „Olympic" berichtete nach Neuyork, daß alle Rettungsboote der „Titanic" gefunden wurden, mithin keine Hoffnung auf weitere Rettung vorhanden sei. Die Meldung bestätigt also auch die Vermutung, daß viel zu wenig Rettungsboote an Bord waren. Die gleiche Meinung herrscht wie in Neuyork so auch in London. Die Kritik des Londoner Publikums läßt sich dahin summieren: Weniger Luxus und mehr Rettungsboote! Weniger Hast und die südlichere Route! Es scheint, heißt es in einem Londoner Bericht, daß die „Titanic" nur die 16 Rettungsboote hatte, die die veralteten Handelsamtsvorschriften für Schiffe von 10 000 Tonnen und darüber verlangen, während sie Davits für 48 Boote hatte. Diese Vernachlässigung der Rettungsmittel hängt wohl mit der nun so furchtbar widerlegten Ansicht zusammen, daß ein Schiff wie die „Titanic" faktisch gegen eine solche Katastrophe gefeit sei und jedenfalls schwimmen werde, bis ein Funkentelegramm Hilfe herbeigeschafft hätte.

Sehen wir uns nun einmal an, wer gerettet wurde, so finden wir, daß von 325 Passagieren erster Klasse 202 und von 285 Passagieren zweiter Klasse 113 Personen gerettet wurden. Da insgesammt 858 Personen gerettet wurden, so verbleiben, wenn man für die Besatzung der Rettungsboote etwa 200 Mann rechnet, die der Schiffsbesatzung entnommen sind, nur 225 Gerettete der dritten Klasse, von 845. Also auch hier waren die erstklassigen und zweitklassigen die Bevorzugteren. Nicht nur, daß sie den ganzen Luxus des schwimmenden Palastes genossen, sie wurden auch zunächst dem drohenden Tode entrissen. Die „Carpathia" ist jetzt mit ihnen auf dem Wege nach Neuyork. Hoffentlich stößt dem Rettungsdampfer nicht auch noch ein Unglück zu. Von der „Carpathia" traf nämlich in Neuyork folgendes Funkspruchtelegramm ein, das auf 41 Grad 45 Minuten nördlicher Breite und 50 Grad 20 Minuten westlicher Länge aufgegeben ist: „Mit 800 Überlebenden an Bord habe ich Kurs nach Neuyork genommen, um dort die Geretteten zu landen, falls ich keine Gegenorder erhalte. Da außerordentlich viel Eis südwärts treibt, halte ich Neuyork für den besten anzulaufenden Hafen. Eine große Anzahl von Eisbergen ist in der Nachbarschaft der Unglücksstätte treibend gesichtet worden. Die „Carpathia" ist zwanzig Meilen durch Eisfelder gefahren, auf denen sich ungeheure Berge befanden."

Vor dem Eintreffen der „Carpathia" in Neuyork werden wohl kaum zuverlässige Angaben über die näheren Umstände der Katastrophe zu erwarten sein.

„Evening World" und „Evening Sun" in Neuyork veröffentlichen folgende um 8 Uhr 30 Minuten von der Marconi-Station Camperdoun (Neuschottland) beim hiesigen Marconibeamten eingegangene Depesche: Wir stehen jetzt in Verbindung mit der „Carpathia" via Dampfer „Franconia" und können amtlich erklären, daß die „Titanic" mit einem ungeheuren Eisberg zusammengestoßen ist, daß über zweitausend Personen umgekommen sind und siebenhundert Überlebende, meistens Frauen, sich an Bord der „Carpathia" befinden. — Inwieweit diese Meldung zutrifft, bleibt abzuwarten.

* * *

Frühere Schiffskatastrophen.

Der Untergang des Dampfers „Titanic" ist das größte aller Schiffsunglücke, die sich jemals ereignet haben; es entspricht dies dem Umstande, daß es überhaupt das größte aller Schiffe war, die jemals den Ozean befahren haben. Wir geben nachstehend ein Verzeichnis der größten Schiffsunglücke, die in den letzten vierzig Jahren vorgekommen sind:

Am 7. Mai 1875 der Hamburger Dampfer „Schiller" mit 331 Personen.

Am 31. Mai 1878 das deutsche Kriegsschiff „Großer Kurfürst" mit 275 Personen.

Am 3. September 1878 der englische Dampfer „Alice" mit 600 Personen.

Am 14. Januar 1883 der Hamburger Dampfer „Cimbria" mit 454 Personen.

Am 23. Juni 1893 der englische Dampfer „Victoria" mit 422 Personen.

Am 30. Januar 1895 der „Norddeutsche-Lloyd"-Dampfer „Elbe" mit 375 Personen.

Am 16. März 1895 der spanische Dampfer „Reina Regente" mit 435 Personen.

Am 8. Dezember 1895 der Auswanderer-Dampfer „Solier" mit 279 Personen.

Am 17. Juni 1896 der englische Dampfer „Drummond Castle" mit 235 Personen.

Am 4. Juli 1898 der französische Dampfer „Bourgogne" mit 570 Personen.

Am 6. Mai 1902 das englisch-indische Schiff „Camorta" mit 739 Personen.

Am 15. Juni 1904 der Neuyorker Vergnügungs-Dampfer „Slocum" mit ungefähr 1000 Personen, die teils ertranken, teils verbrannten.

Am 1. Juli 1904 das norwegische Auswandererschiff „Norge" mit etwa 600 Personen.

Am 10. September 1905 Admiral Togos Flaggschiff „Mikasa" mit 599 Personen.

Am 4. August 1906 das italienisch-spanische Auswandererschiff „Sirio" mit 385 Personen.

Am 21. Februar 1907 der englische Dampfer „Berlin" mit 170 Personen.

Am 12. März 1907 das französische Kriegsschiff „Jena" mit 118 Personen.

Am 25. November 1908 der englische Dampfer „Sardinia" mit 156 Personen.

Am 10. Februar 1910 der französische Dampfer „General Chacy" mit 157 Personen.

Am 20. April 1910 der englische Dampfer „Aurora" mit 187 Personen.

Am 25. September 1911 das französische Kriegsschiff „Liberte" mit nahezu 400 Personen.

Aus dem Gerichtssaal.

Mißbrauch der Dienstgewalt in 111 Fällen. Eine wahre Paschawirtschaft führte der Unteroffizier Spannagel von der 12. Kompagnie des Königin-Augusta-Garde-Grenadierregiments. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt Untergebenen gegenüber in nicht weniger als einhundertundelf Fällen hatte sich Sp. am Montag vor dem Kriegsgericht in Berlin zu verantworten. Der Angeklagte ist ein noch recht junger Vorgesetzter. Er wurde im vorigen September Unteroffizier, brachte es aber in der kurzen Zeit fertig, fast die halbe Kompagnie anzuborgen und die Mannschaften in anderer Weise für sich auszunutzen. Sp. liebte das Berliner Nachtleben und er verkehrte auch gern mit Frauenspersonen. Mit den letzteren besuchte er die Theater, Cafes und andere Nachtlokale. Natürlich brauchte er dazu Geld und dies verschaffte er sich von seinen Untergebenen. Kaum war er Unteroffizier geworden, so begann er eine förmliche Pumpwirtschaft. Er ließ sich Summen bis zu 20 Mk. geben und „vergaß" dann das Rückzahlen. Auch auf andere Weise nutzte er das Vorgesetztenverhältnis zu seinem Vorteil aus. Täglich schickte er Rekruten fort, damit sie für ihn Einkäufe besorgten und das Geld dafür „auslegten". Einen Rekruten schickte er zwei Monate hindurch täglich zweimal nach der Kantine zum Einkaufen. Ferner ließ sich der Unteroffizier von den Untergebenen öfter Hemden, Handschuhe und andere Gegenstände geben, die er teilweise ebenfalls zurückzugeben vergaß. Ein einem Einjährigen gehöriges wertvolles Zweirad benutzte er so lange, bis es völlig untauglich geworden war, und eine andere einem Untergebenen gehörige Maschine, die er zum Armeegepäckmarsch benutzte, ließ er einfach bei fremden Leuten stehen. Vor Gericht war Sp. in vollem Umfange geständig. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt.

Wahlfälschungen. In Dresden wurde ein Schuhmachergeselle, der bei der Reichstagswahl für einen in Haft befindlichen Kollegen gewählt hatte, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — In Bremen verurteilte die Strafkammer einen Arbeiter wegen des gleichen Vergehens zu zwei Wochen Gefängnis. Der Bremer Arbeiter behauptete, von einem Unbekannten angestiftet worden zu sein und nicht zu wissen, für wen er gestimmt habe.

Aus Nah und Fern.

Zusammenstoß in der Luft. Gestern morgen 7 Uhr wollte in Johannisthal der Morane-Flieger Stieploscheck, nachdem er einen längeren Flug ausgeführt hatte, zur Landung schreiten. Durch die Sonne geblendet, stieß er in einer Höhe von 5 bis 6 Metern mit einem Luftverkehrs-Doppeldecker zusammen, der von Leutnant Zwickau gesteuert wurde und der eine Dame als Passagier bei sich hatte. Beide Apparate wurden zertrümmert. Während Stieploscheck unverletzt blieb, erlitt die Dame mehrere Rippenbrüche und der Leutnant eine Verletzung im Gesicht.

Liebesdrama. In Lichtenrode bei Berlin spielte sich ein Liebesdrama ab. Der 26jährige Knecht Klotsch verfolgte seit längerer Zeit die 19jährige Tochter Maria des Gutsbesitzers Geber mit Liebesanträgen, denen sie nicht Gehör schenken wollte. Er drohte ihr wiederholt, sich zu rächen und führte heute seine Drohung aus, indem er mehrere Schüsse auf das Mädchen abgab, die sie in den Kopf trafen und lebensgefährlich verletzten. Darauf schoß sich Klotsch selbst eine Kugel in die Schläfe, die ihn sofort tötete.

Ein staatsgefährlicher Jugendlicher. Der preußische Staat zittert jetzt schon vor einem jugendlichen Arbeiter. In Haspe bei Hagen arbeitete ein junger österreichischer Arbeiter, Hoffmann, der sich in der Jugendbewegung eifrig betätigte. Vor einiger Zeit leitete er eine Jugendversammlung in Haspe. Die Polizei mischte sich in diese durchaus unpolitische Veranstaltung ein, und Hoffmann als Vorsitzender setzte durch, daß die Polizei das Lokal verließ. Aber ungerochen läßt sich die preußische Polizei schon von Landeskindern nicht gern treten, viel weniger noch von einem Ausländer. Obwohl der junge Mann der einzige Ernährer seiner Mutter, mit der er zusammenwohnt, ist, wurde er als lästiger Ausländer ausgewiesen. — Die jugendlichen Arbeiter im Kreise Hagen-Schelm haben gegen das Vorgehen der Polizei schon in verschiedenen Versammlungen protestiert. Nutzen wird ihnen das freilich wenig, denn die Ausländer sind im Deutschen Reiche auf Gnade und Barmherzigkeit den Verwaltungsbehörden ausgeliefert.

Abgestürzter Flieger. Der belgische Flieger Verrept stürzte gestern vormittag im Aerodrom in Chatevufort aus einer Höhe von 200 Metern herab. Er erlitt Verletzungen am Kopf und starb sofort nach seiner Überführung in das Hospital.

Bestialität. Ein abscheuliches Verbrechen wurde in Worms gegen ein 23jähriges Dienstmädchen aus Gotha verübt. Dieses versuchte sich, von der „Großen Brücke" in den Rhein zu stürzen, als drei Wormser verheiratete Tagelöhner hinzukamen und es an dem geplanten Selbstmord hinderten. Sie gaben sich dem Mädchen gegenüber als Brückenwärter aus, nahmen es mit in die Stadt und vergewaltigten die Unglückliche auf einer abseits gelegenen Stelle. Sie ließen das Mädchen ohnmächtig liegen und suchten das Weite. Passanten fanden die Bewußtlose auf und brachten sie in das Hospital. Die drei Täter wurden im Laufe des Nachmittags verhaftet.

Kleine Nachrichten. Nicht weniger als 8 Personen haben Dienstag in Köln versucht, ihrem Leben gewaltsam ein Ende zu machen. Einer von ihnen, ein 18jähriger Konditor, hat seine Absicht erreicht und sich erschossen. Die sieben anderen, von denen vier in den Rhein gesprungen waren, zwei Lysol getrunken hatten und einer sich auf andere Weise verletzt hatte, konnten gerettet werden. Bei einigen besteht jedoch noch Lebensgefahr. — In Köln wurde im Keller eines Hauses in der Erftstraße die Leiche eines Mädchens aufgefunden. Der Mörder, ein wegen Geldschrankeinbruchs mit zwei Jahren Zuchthaus vorbestrafter 25jähriger Monteur, ist verhaftet worden. Er gab bei seiner Vernehmung an, er habe mit dem Mädchen gemeinsam in den Tod gehen wollen. Als sie sich geweigert habe, mit ihm in den Rhein zu gehen, habe er sie in den Keller gelockt und erschlagen. — Bei Laval in Frankreich entgleiste in der Nähe des Bahnhofes Loisseau ein Personenzug. Hierbei wurden der Maschinist und der Zugführer getötet. Außerdem wurden zwei Personen verletzt. — Der französische Schoner „St. Yves" ist Sonnabend nacht bei Reykjavik mit dem isländischen Kutter „Svanen" zusammengestoßen. Der Schoner ist mit 12 Mann der Besatzung des Kutters eingetroffen. Das Schicksal des „Svanen" und seiner übrigen Besatzung von 14 Mann ist unbekannt. Auch bei Westmanha ist ein Motorboot mit 6 Mann untergegangen. — Wie aus Cimballa in Spanien gemeldet wird, wurde dort am Dienstag ein von einem heftigen Sturm begleitetes Erdbeben verspürt. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Die Einwohner haben voller Schrecken ihre Wohnungen verlassen. — Aus Cardiff wird telegraphiert: Bei einer Explosion in der Kohlengrube Gilfach Goch fanden drei Personen den Tod, vier wurden verletzt. Ein Arbeiter wird vermißt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

Montag	Knorr-Eiernudelsuppe (Faden)
Dienstag	„ Erbsensuppe
Mittwoch	Knorr-Gemüsesuppe
Donnerstag	„ Tomatensuppe
Freitag	Knorr-Spargelsuppe
Sonnabend	„ Rumfordsuppe
Sonntag	Knorr-Hausmachersuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe nur mit Knorr Suppenwürfel
Nach dem Urteil der Kenner sind Knorr Suppen die besten.

Gesucht ein Laufbursche
außer der Schulzeit, oder für den ganzen Tag, derselbe hat Gelegenheit sich als Fahrradschlosser auszubilden. Fünfhausen 28.

Junge Frau sucht für nachmittags Beschäftigung im Nähen bei einer Schneiderin. Holstentor-Nord.
Näheres Reiferstraße 46, I.

Mehrere Trittleitern
sind billig zu verkaufen. Zu Besehen ab 7 Uhr abends.
Untertrave 86, II.

Pflanzkartoffeln, 2. lange und **Spargelkartoffeln** zu verkaufen.
Kerkringstraße 34.

Eine eis. **Bettstelle,** ein **Sitz- und Liegewagen** mit Gummir. und ein Roman von **Hagenbecks Tierwelt** bill. zu. verk. Näh. Ludwigstr. 84. I.

Alle Sorten
Brennmaterialien
empfiehlt zu billigsten Preisen frei Haus
Hans Lübeke
Wickedestr. 33/5. Teleph. 2378.
Bei Lieferung ab meinem Lager tritt eine Ermäßigung sämtlicher Preise ein.

Sehr empfehlenswert
ist das in 60 Lieferungen a 40 Pfg. erschienene Werk:
PLATEN
Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.
Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46. und deren Kolporteure. Johannisstr. 46.